

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 123 · 11. JAHRGANG · AUSGABE 4/2005 · VOM 1. APRIL 2005 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Europa MACHT
Frieden**
Friedenskonferenz der GEW

9-12 | **Vom Streichelzoo
zu reißenden Wölfen**
von den Eberswalder Montagsdemos

18 | **»Einer der besten Söhne
Eberswaldes«**
Vor 85 Jahren starb Philipp Zopf

Bündnis für den Frieden Eberswalde

Was brachten 2 Jahre Krieg gegen den Irak?

In der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 begann der Krieg gegen den Irak. Mitglieder des Bündnisses für den Frieden Eberswalde/Mitglied bei attac nahmen den 2. Jahrestag zum Anlaß, am 21. März vor den Rathauspassagen Handzettel zu verteilen und mit den Passanten zu sprechen. Auf ihrem Flugblatt fragten sie:

2 JAHRE KRIEG GEGEN IRAK –
Was brachte er Beteiligten und Betroffenen?

DER WELT –
**Mehr Sicherheit vor Terror und
Massenvernichtungswaffen?**

DEM IRAKISCHEN VOLK –
**Demokratie, Freiheit und
Selbstbestimmung?**

DEN USA –
**Beherrschung des Landes
und seiner Ölquellen?**



Jahresrechnung 2004 der Stadt Eberswalde:

8,5 Millionen fehlen in der Stadtkasse

Eberswalde (bbp). Einen knappen Monat nachdem er die »Jahresrechnung der Stadt Eberswalde für das Haushaltsjahr 2004« festgestellt hatte, legte Bürgermeister Reinhard Schulz die Unterlagen den Stadtverordneten auf den Tisch. Insgesamt geht die Jahresrechnung von Mindereinnahmen in Höhe von 6,4 Millionen Euro aus. Dem stehen rund 0,6 Millionen Euro Minderausgaben gegenüber.

Konkret weist der Jahresabschluß somit einen Fehlbetrag von 5.775.382,99 Euro aus. Geplant war gemäß der im Mai 2004 beschlossenen Haushaltssatzung ein ausgeglichener Verwaltungshaushalt (vgl. BBP 5/2004). Wobei zu berücksichtigen ist, daß dieser planerische Haushaltsausgleich nur durch einen Rückgriff auf die Kapitalrücklage der stadt eigenen Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE) gelingen konnte. Der Einspruch der kreislichen Kommunalaufsicht verhinderte allerdings bis zum Jahresende die Umsetzung des Deals. Erst im Dezember 2004 wies das Verwaltungsgericht den Einspruch zurück.

Der ursprüngliche Fehlbetrag, der u.a. durch die TWE-Zuschüsse abgedeckt werden sollte, betrug 5 Millionen Euro, davon 2,9 Millionen Euro aus dem Haushaltsjahr 2002. Geplant war für 2004 ein laufendes

Defizit in Höhe von 2,1 Millionen Euro. Am Jahresende lag es aber bei 2,9 Millionen Euro.

Da die Stadtverwaltung im vorigen Jahr sogar 615.000 Euro weniger als geplant ausgab, sind die Gründe für die 800.000 Euro zusätzlichen Defizits auf der Einnahmeseite zu suchen. Hier schlagen insbesondere die Steuereinnahmen (Gewerbe- und Grundsteuer, Anteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer) zu Buche sowie geringere Erlöse bei den Verwarn- und Bußgeldern und dem Tierparkeintritt.

Um auf die gesamte Defizitsumme zu kommen, müssen zu dem aktuellen Fehlbetrag des Haushaltsjahres 2004 in Höhe von 5,8 Millionen Euro auch noch die 2,7 Millionen Euro aus dem Jahr 2003 hinzugezählt werden. Das laufende Gesamtdefizit der Stadt Eberswalde lag somit Anfang 2005 bei 8,5 Millionen Euro. Das sind 19 Prozent der im aktuellen Verwaltungshaushalt auf 44,8 Millionen Euro veranschlagten Einnahmen. Nicht in dieser Rechnung enthalten sind die regulären langfristigen Schulden aus Investitionen früherer Jahre. Diese haben aktuell eine Höhe von ca. 13 Millionen Euro.

(Seiten 6 und 7)

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

FINDET AM 4. APRIL AUF DEM POTSDAMER PLATZ IM BRANDENBURGISCHEN VIERTEL STATT.

AB DEM 11. APRIL IST DER TREFFPUNKT WIEDER AUF DEM MARKTPLATZ. BEGINN IST JEWEILS UM 17.30 UHR

Gentechnikfreie Regionen

Für Manche ist die Anwendung der Gentechnik die Zukunft moderner Landwirtschaft. Andere sehen in ihr ein nicht kalkulierbares und folgenschweres Risiko. Einige wenige hoffen, mit der Agro-Gentechnik langfristig unsere Ernährung zu sichern. Andere sehen lediglich die Profitgier mächtiger Konzerne.

Für die AG Umwelt der PDS Barnim steht die Entwicklung der Agro-Gentechnik in direkter Verbindung mit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem. Die Würde des Menschen und seine Umwelt spielen da eine untergeordnete Rolle. Statt Nahrungssicherung, Umweltschutz und nachhaltiger Landwirtschaft steht die abstrakte Wertproduktion im Mittelpunkt der Interessen von Monsanto & Co.

Darum begrüßen wir die Ausrufung gentechnikfreier Regionen. Eine der größten liegt direkt vor unserer Haustür: Im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und im Naturpark Uckermärkische Seen. Biobauern und konventionell wirtschaftende Landwirte schlossen sich am 7. Januar 2004 zusammen, um auf den Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) zu verzichten.

Diese mutigen Landwirte nehmen die Ängste und Sorgen von uns Verbrauchern ernst, die wir Gentechnik weder auf dem Acker noch auf dem Teller haben möchten. Die 43 konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betriebe bearbeiten 16.000 ha Nutzfläche. Durch ihre Selbstverpflichtung schützen sie ein zusammenhängendes Gebiet von ca. 120.000 ha.

Internationale Erfahrungen zeigen, daß die Ausweisung von gentechnikfreien Regionen Voraussetzung für gentechnikfreie Landwirtschaft ist. Ohne ausreichend große Pufferzonen und die Einrichtung gentechnikfreier Gebiete wird der Auskreuzung von GMO wenig entgegenzusetzen sein. Darum sind die Ausweitung der gentechnikfreien Regionen, sowie eine transparente Anbaupraxis wünschenswert.

Diese Transparenz wurde durch das neue Gentechnikgesetz gewährleistet. Beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) sind alle 107 Flächen, auf welchen aktuell GMO angebaut wird, aufgelistet. Diese verbraucherfreundliche Informationsmöglichkeit hat bereits dafür gesorgt, daß einige GMO-Pflanzen zu Gunsten konventioneller Kulturen von den Landwirten wieder zurückgezogen wurden. Die Bauern mußten sich mit ihren Nachbarn und Kunden auseinander setzen und erkannten, daß gentechnisch veränderte Lebensmittel nicht gewünscht sind. Ein Etappensieg für den Verbraucher!

Aktuell wird über das Gentechnikgesetz II im Bundestag debattiert. Als Kompromißangebot an den Deutschen Bauernverband (DBV) und eine konservativen Freunde in den Reihen der CSU/CDU soll diese Informationsmöglichkeit wieder eingeschränkt werden. Ein Etappensieg für Stoiber, Sonnleitner (DBV) und Monsanto?

CHRISTIAN REHMER,
AG Umwelt bei der PDS Barnim

60. Jahrestag der Befreiung

Eberswalde (bbp). Anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung wird es am 8. Mai, um 10 Uhr, eine Kranzniederlegung am Sowjetischen Ehrenmal auf dem Friedhof an der Freienwalder Straße geben. Darüber informierte Bürgermeister Reinhard Schulz auf der StVV-Sitzung am 22. März. Bei den Vorbereitungen arbeitet das Büro des Bürgermeisters eng mit dem Eberswalder Kreisverband der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft zusammen.

Der Bürgermeister wird alle Bürgerinnen und Bürger aufrufen, sich im Gedenken an die Opfer des Faschismus an dieser Kranzniederlegung zu beteiligen.

BUS-Vorstandswahl

Die Mitglieder der Stifternversammlung der Barnim-Uckermark-Stiftung wählten am 16. März den Joachimsthaler Hans-Jürgen Klinder zum Vorstandsmitglied der Stiftung. Der fünfzigjährige Polizeidirektor ist Leiter des Schutzbereiches Uckermark und Vorgesetzter von 360 Mitarbeitern.

Die Barnim-Uckermark-Stiftung versteht sich als Bürgerstiftung für die Landkreise Barnim und Uckermark. Stiftungsziel ist insbesondere die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. »Bürgerschaftliches Engagement bildet die Grundlage für ein gesundes Gemeinwesen und damit die beste Gewähr gegen Gewalt und Kriminalität, aber auch gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit«, beschreibt Klinder seine Motivation für die Übernahme dieses Ehrenamtes.

Vorsitzende des Stiftungsvorstandes ist die frühere Polizeipräsidentin Uta Leichsenring.

ANDRÉ KOCH

Ressourcenschutz

Eberswalde (ekb/bbp). Auf Initiative der Umweltmanagement-Gruppe soll am 31. Mai auf dem Campus der Fachhochschule Eberswalde ein Aktionstag »Ressourcenschutz« veranstaltet werden. Ziel ist es, Studenten, FH-Mitarbeiter und Eberswalder für Themen wie Energiesparen, Erneuerbare Energien, Abfallprobleme, Wasserversorgung etc. mit verschiedenen »greifbaren« Aktionen zu sensibilisieren und zu interessieren.

In neuen Räumen(1)

Eberswalde (bbp). Ab 1. April gibt es in Eberswalde in der Judenstraße 22 (Ecke Breite Straße) ein gemeinsames Bürgerbüro der PDS, in denen künftig der Kreisvorstand Barnim, die PDS-Stadtorganisation und die Abgeordneten der StVV Eberswalde ihren Sitz haben. Unter der gleichen Adresse sind auch die Wahlkreisbüros der beiden Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig und Ralf Christoffers erreichbar.

Um der besonderen Bedeutung dieser Veranstaltung Ausdruck zu verleihen, erhalten alle Stadtverordneten, Ortsbürgermeister sowie Vertreter der Kirche persönliche Einladungen des Bürgermeisters, der im Rahmen des Gedenkens das Wort ergreifen wird. Für die würdige Umrahmung der Veranstaltung wird das Brandenburgische Konzertorchester sorgen.

Angesichts dieser Aussagen zog die PDS-Fraktion eine Beschlusvorlage zurück, die den Bürgermeister zu entsprechenden Aktivitäten auffordern sollte. Gegenstandslos wurden damit auch Änderungswünsche der FDP, wonach die Stadtverordneten in einem Gottesdienst allen Gewaltherrschaftsopfern gedenken sollten.

Eberswalder Sozialforum

Eberswalde (uf/bbp). Am 13. Oktober 2004 gründeten Akteure der Eberswalder Montagsdemo den »Förderverein sozialer und solidarischer Bewegungen Eberswalde e.V.« Zur Vorsitzenden wurde Ute Frey gewählt. Ziel des Vereins ist, wie schon der Name sagt, die Unterstützung sozialer und solidarischer Bewegungen. Ein erstes Projekt, das vom Verein unterstützt wird, ist der Aufbau eines Eberswalder Sozialforums.

Das Eberswalder Sozialforum will die verschiedensten gesellschaftlichen Kräfte in Eberswalde, die sich dem Ziel verpflichtet fühlen, die Welt friedlicher, sozialer und gerechter zu machen, zusammenzubringen. Mit dem Eberswalder Sozialforum soll ein Diskussionsforum geschaffen werden, innerhalb dessen die teilnehmenden Kräfte Meinungen austauschen und gemeinsame Positionen erarbeiten. Die gemeinsamen Ziele und Positionen setzen die teilnehmenden Kräfte in ihren Strukturen selbständig um. Das Eberswalder Sozialforum wird von Fall zu Fall auch gemeinsame Aktionen koordinieren.

Das Eberswalder Sozialforum soll am 31. März gegründet werden. Die Gründungsversammlung findet um 16 Uhr im Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel statt. Eingeladen sind dazu alle Personen, die an der Umsetzung der Grundsätze des Weltsozialforums mitwirken wollen. Der Förderverein bekam eine (ungeliebte) 1-Euro-Job-Stelle genehmigt. Somit kann Ute Frey in diesem Rahmen zur Unterstützung des Eberswalder Sozialforums wirksam werden. (Seite 12)

Kontakt: Förderverein sozialer und solidarischer Bewegungen Eberswalde e.V., c/o Gemeindezentrum Brandenburgisches Viertel, Potsdamer Allee 35, 16227 Eberswalde

In neuen Räumen (2)

Bernau (bbp). Am 31. März erfolgte die offizielle Eröffnung der neuen PDS-Geschäftsstelle in Bernau. Der Kreisverband Barnim und das Wahlkreisbüro Dr. Dagmar Enkelmann sind ab sofort in der Berliner Straße 17 erreichbar.

Europa MACHT Frieden

So lautete das Motto der Friedenskonferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am 18. und 19. März in Berlin. Sie befaßte sich mit dem Spannungsfeld von Friedensaktivitäten und (west)europäischen Machtambitionen. An der Konferenz nahmen außer der GEW-Spitze Vertreter von Lehrgewerkschaften aus Frankreich, Großbritannien, Italien, Dänemark, Österreich, Rußland und Serbien teil. Auch Friedensgruppen wie die »PädagogInnen für den Frieden« (Hamburg/Kassel), »FriedenslehrerInnen« (Wien) und »Darmstädter Signal« waren präsent.

Als Termin war bewußt der Jahrestag des Kriegsbeginns im Irak gewählt worden. Erinert wurde auch an den 24. März 1999, als mit dem provozierten Abbruch der Verhandlungen von Rambouillet die Weichen für den Angriffskrieg gegen Jugoslawien gestellt worden waren. Doch standen aktuelle Entwicklungen, vor allem die Bewertung des EU-Verfassungsentwurfes und der deutschen und (west)europäischen Sicherheitspolitik, im Mittelpunkt.

Den Auftakt bildete eine Podiumsdiskussion, an der Angelika Beer (Bündnis 90/Grüne) und Prof. Jürgen Meyer (SPD), seinerzeit Mitglied im EU-Verfassungskonvent, als Vertreter der Regierungskoalition teilnahmen. Ihnen standen als Sprecher der Friedensbewegung der bekannte Völkerrechtler Prof. Norman Paech (Hamburg) und Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI, Tübingen), Europaabgeordneter mit PDS-Ticket, gegenüber. Die Sympathie des Saals galt diesen beiden, während in der einzigen Publikumsrunde an die Verfechter des Regierungsstandpunktes kritische Fragen gerichtet wurden. Immerhin fand auch Angelika Beer einige Haare in der Suppe: Es müßten deutlicher die Ursachen für Terrorismus bekämpft werden, das »Buhlen um einen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat« sei für die EU nicht förderlich, und eine Verteidigungsagentur (die umgetaufte europäische Rüstungsagentur) gehöre nicht in die Verfassung. Beer hätte auch eine Volksabstimmung über die Verfassung vorgezogen, dafür gäbe es allerdings keine Mehrheit.

In einem waren sich jedenfalls Beer und Prof. Meyer einig: Europa sei ein einmaliges Friedensprojekt; die Verfassung schließe einen Angriffskrieg aus, da sie sich auf die UN-

Charta beziehe (ja – innerhalb Europas, meinte eine Rednerin aus dem Saal, aber wohl kaum für die übrige Welt). Meyer betonte die Einbeziehung der Menschen- und sozialen Rechte (die allerdings in Gestalt der EU-Menschenrechtskonvention auch bei Ablehnung der Verfassung Bestand hätten) und die Festschreibung der sozialen Marktwirtschaft. Er ließ allerdings Zweifel an seiner Kompetenz aufkommen, als er das Verfassungsgebot zur Aufrüstung gegen den eindeutigen Wortlaut zu leugnen suchte. Prof. Paech merkte an, daß zwar deklaratorisch die soziale Marktwirtschaft erwähnt sei, in den entscheidenden Durchführungsbestimmungen gehe es aber nur noch um eine Marktwirtschaft neoliberalen Zuschnitts ohne sozialen Gehalt (Publikum: in der Verfassung fehlt die Sozialisierungsmöglichkeit, die das Grundgesetz vorsieht!) Im übrigen ist für Norman Paech die Verfassung »die konstitutionelle Absicherung der militärischen Option«. Die zugesagte Unterstützung für Drittstaaten bei der Terrorismus-Bekämpfung auf ihrem Territorium ist eine globale Entgrenzung der militärischen EU-Aktivitäten. Angemerkt wurde in den Diskussionen, daß die Verfassung den neutralen Status Österreichs und anderer Paktfreier zerstört, und daß der »Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts« einen EU-weiten Polizeistaat ermöglicht, wie ihn ein Metternich erträumt hätte.

Da es zu keiner Auswertung im Plenum kam, ist ein Überblick über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen der Konferenz (1. »Militär und Terrorismus – Krieg und ökonomische Interessen«; 2. »Frauen und Krieg«; 3. »Zivilgesellschaft und Friedenssicherung«; 4. »Inner-europäische Differenzen – Entscheidungsmechanismen zur EU-Verfassung«; 5. »...Soziales Lernen in der Schule«) nicht möglich. In Gruppe 1, an der ich teilnahm, gab es nach einer Einführung von Dr. Liebsch (Darmstädter Signal) in die strategischen Konzeptionen von EU und NATO von Lühr Henken (PädagogInnen für den Frieden) einen Überblick über die Rüstungsplanung von EU und Bundeswehr, die in ihren Ausmaßen erschreckend und der breiteren Öffentlichkeit weitgehend unbekannt ist. Hier ein knapper Auszug: Die EU plant eine Schnelle Eingreiftruppe von 80.000 Mann (davon 35.000 Bundeswehrsoldaten) mit Hightec-

Europäische Verfassung:

Art. 1-39 (2) Der Europäische Rat bestimmt die strategischen Interessen der Union und legt die Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik fest.

Art. 1-40 (3) Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.

Ausrüstung, 100 Schiffen und 4 Flugzeugträgern. Dazu gehören u.a. 3 Battle groups (1500 Mann) unter deutscher Führung. Daneben sieht die deutsche Planung 70.000 Mann Stabilisierungskräfte (für KFOR u.ä. Einsätze) und 210.000 Mann Unterstützungskräfte vor. Weshalb Deutschland die Sozialausgaben kürzen muß, ist mir nun völlig einsichtig. »Bis an die Zähne bewaffnet, aber kein Geld für Zahnersatz« formulierte ein Tagungsteilnehmer.

Die scheidende GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange erinnerte an die großen Persönlichkeiten des Pazifismus – an Albert Einstein und Berta von Suttner – und nahm bezüglich der EU-Verfassung kein Blatt vor den Mund. Aus dem Entwurf »strahlt der ungezügelt Geist der Marktwirtschaft.« Er enthalte zwar eine Rüstungsagentur, aber es fehle eine »Agentur für zivile Konfliktprävention und -forschung.« Die Entscheidung über Militäreinsätze trifft der Ministerrat ohne Beteiligung des Parlaments, und es sei ein schwerer politischer Fehler, daß es (in der BRD) keine Volksabstimmung über die Verfassung gibt. Resigniert stellte sie fest, nicht nur im DGB, sondern auch in der GEW gebe es keine Mehrheit für ein Votum gegen den Verfassungsentwurf. Demzufolge gab es auch keine derartige Stellungnahme. Offenbar ist der Einfluß einiger Spitzenfunktionäre mit SPD-Parteibuch zu groß.

Daraus erklären sich wohl zwei von den Konferenzteilnehmern scharf kritisierte Umstände. Die Tagung finde viel zu spät statt (den Auftrag erteilte der Gewerkschaftstag von 2001, inzwischen steht der nächste vor der Tür, und im Bundestag läuft bereits der Ratifizierungsprozeß für die Verfassung!); und sie ende nicht, wie bei Workshops üblich, mit einer Gesamtdarstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen. Andere sahen es anders. Es sei ausgezeichnet, daß die GEW diese Tagung überhaupt (und offenbar als erste) ausgerichtet hat, meinte der französische Vertreter. Und eine dänische Gewerkschafterin sagte, ihr seien erst hier die Augen aufgegangen. In Dänemark wird demnächst abgestimmt, aber die Dänen kennen den Entwurf überhaupt nicht, die Debatte hat dort noch gar nicht begonnen. Und es gab ein Fünkchen Hoffnung, als bekannt wurde, in Frankreich stehe das Abstimmungsergebnis auf der Kippe. Wieder einmal Hoffen auf Frankreich – wie 1806, 1830, 1848? Nein, wir müssen in Deutschland selbst die Trommel rühren. Tritt diese Verfassung in Kraft, dann braucht sich niemand mehr auf das Grundgesetz zu berufen!

Waffenprogramme der Bundeswehr

	Stück	Einzelpreis (Mio Euro)	Gesamt (Mrd. Euro)
Radar-Satellitensystem SAR-Lupe	1	750	0,75
Eurofighter (ab 2002)	180	117	21,00
Luft-Boden-Rakete Taurus (ab 2002)	600	1	0,60
Kampfhubschrauber Tiger	80	33	2,60
Transporthubschrauber	80	25	2,00
Militär-Airbus A 400 M (ab 2007)	60	138	8,30
Fregatte F-124 (ab 2002)	3	700	2,10
U-Boot 212 (gewünscht: 15)	4	?	?
Summe (unvollständig)			37,35

Kein Inseldasein

Mit dem Unterdrücken jeglicher Diskussion über unsere konkreten BKB/Freie Wähler-Vorschläge für mehr Transparenz bei kommunalen Unternehmen hat sich die überwiegende Mehrheit der Stadtverordneten unserer Stadt ein Armutzeugnis in Sachen Demokratie ausgestellt. Aus Sicht unserer Fraktion und unserer Basis zeigt das wieder einmal die enorme Angst vor allem der großen Parteien vor bürgerschaftlicher Mitbestimmung. Es war vielen Stadtverordneten offensichtlich unangenehm, sich den aufgeworfenen Problemen hinsichtlich bürgerferner Preisentwicklungen, Kalkulationen, überzogenen Verschwiegenheiten sowie erforderlichen Rechenschaftslegungen im Umgang mit Bürgergeldern zu stellen.

Obwohl unsere Vorstellungen sogar durch Gerichtsurteile bis hinauf zum Bundesgerichtshof gestützt waren, wurden fadenscheinige Begründungen zur Vorlagen-Abweisung vorgebracht.

Die Transparenzgegner sind jedoch auf dem Holzweg, wenn sie glauben, sich der Debatte auf Dauer entziehen zu können. Dazu ist das Thema in Deutschland zu aktuell und zu verbreitet, wie die Forderungen nach Bürgermitbestimmung z. B. auch in Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen belegen.

Es wird Eberswalde nicht gelingen, in dieser Transparenzfrage ein Inseldasein zu führen.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,
BKB/Freie Wähler

Zum Dauerthema avanciert

Mit dem Verweis der fünf Hauptanträge in den Hauptausschuß war die Sondersitzung beendet, ehe sie eigentlich begonnen hatte. Außer im einleitenden Vortrag von Dr. Spangenberg wurde kein einziges konkretes Argument zum Anliegen im Allgemeinen und zu den Anträgen im Besonderen vorgetragen. Die Haltung der Stadtverordneten (außer BKB/Freie Wähler und Grüne/BFB) läßt sich nur so erklären, daß ihnen die Sondersitzung nicht in den Kram paßte. Ob und wann über welches Thema diskutiert wird, das kann schließlich nicht die kleinste Fraktion in der StVV bestimmen.

Damit machen die Stadtverordneten aber das ungeliebte Thema selbst zum Dauerthema, das als nächstes im Hauptausschuß und dann wieder in der StVV diskutiert werden muß. Und im Falle einer Ablehnung der Anträge der Fraktion BKB/Freie Wähler könnte es dann ein Bürgerbegehren mit anschließendem Bürgerentscheid geben. Egal wie dieses dann ausgehen wird: Die Fraktionen, die sich gegen die Anträge sperren, werden sich selbst das Kainsmal der Undemokraten verpassen.

ALBRECHT TRILLER

Sonder-StVV am 8. März:

Kurzbericht über eine kurze Sitzung

Eberswalde (at/bbp). Einige Besuchern der StVV-Sondersitzung am 8. März äußerten am Ende ihren Eindruck, die Stadtverordneten seien nicht ernsthaft geneigt gewesen, sich dem Sitzungsthema »Kommunale Unternehmen der Stadt Eberswalde und deren Verhältnis zu den Bürgern« zuzuwenden. Zumindest nicht in dieser Sitzung. Seitens der Antragsteller der Sondersitzung verlautete, sie hätten keine Illusionen gehabt, daß sie ihre Beschlussträger durchbekommen. Die Fraktion BKB/Freie Wähler sah ihre Erwartungen bestätigt: Die Anträge wurden allesamt in den Hauptausschuß verwiesen.

Zunächst gab es die Einwohnerfragestunde. Die Fragenden hatten sich gut vorbereitet. In ihren Fragen gingen sie im Grundtenor davon aus, daß im Verhältnis zwischen kommunalen Unternehmen und den Bürgern etwas nicht stimmen könne.

Der Satzung des ZWA Eberswalde, stellte Albrecht Triller fest, fehle eine Verpflichtung auf das Bürgerwohl. Wirtschaftlichkeit bedeute immer nur Wirtschaftlichkeit für den Geschäftsbetrieb des ZWA, nicht aber für die Bürger. Hier wäre eine Änderung angesagt. Am eigenen Beispiel schilderte er, wie mit einem unliebsamen Aufsichtsratsmitglied bei den Stadtwerken umgegangen wurde (Abberufung wegen Kritik an der Preispolitik der Stadtwerke).

Martin Satka wollte wissen, ob die WHG den städtischen Garagenbeschluß auch für ihre Garagengrundstücksnutzer wirksam machen wolle, so wie sie bisher auch bei der Erhöhung der Nutzungsentgelte der Stadt gefolgt sind. Wieso die Mieter verschiedener Wohnungsgesellschaften ungleiche Fernwärmepreise haben, obwohl die Fernwärme vom gleichen Lieferanten kommt, im selben Heizwerk produziert wird und in baugleichen Wohnungen eingesetzt wird, wollte Christel Pritzsche wissen. Erwin Ott und Hannelore Saupé fanden die Ratenberechnung des ZWA nicht plausibel. Karin Hummel fragte die Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke, Peter Kikow und Wolfgang Sachse (letzterer war nicht anwesend), ob sie Einfluß auf die Geschäftspolitik der Stadtwerke hätten und wie hoch ihre Aufwandsentschädigungen seien.

Die 26 Prozent Geschäftsanteil der Stadt, so Stadtwerke-Aufsichtsratsmitglied Peter Kikow, würden nicht ausreichen, um die Geschäftspolitik der Stadtwerke zu bestimmen. Die beiden Aufsichtsratsmitglieder der Stadt hätten da keine Chance. Die Tarife machten die anderen Gesellschafter und das seien Durchreichzahlen, auf die die Stadt keinen Einfluß habe. ZWA-Vorsteher Wolfgang Hein erläuterte, daß die neuen (niedrigeren) Abschlagszahlungsberechnungen aktueller Rechtsprechung entsprächen. Ansonsten erhielten die Frager

mehr oder weniger ausweichende Antworten bzw. wurden auf eine schriftliche Antwort vertrieben, wobei besonders kritische Fragen einfach übergangen wurden (z.B. die nach der Höhe der Aufwandsentschädigungen).

Wer nach der Einwohnerfragestunde auf eine intensive und kontroverse Diskussion zum Hauptthema der Sondersitzung gehofft hatte, sah sich getäuscht. Keine der Fraktionen machte auch nur den Versuch, sich mit den einleitenden Ausführungen von Dr. Spangenberg zum Anliegen der Fraktion BKB/Freie Wähler und mit den fünf Vorlagen auseinandersetzen. Stattdessen beantragte Christoph Mix (CDU) die Verweisung aller fünf Anträge in den Hauptausschuß. Dem Wunsch nach mehr Transparenz der kommunalen Unternehmen könne er durchaus folgen. Der Teufel liege aber im Detail. Die vorgelegten Anträge seien teils unkonkret, teils überflüssig, teils rechtlich bedenklich. Nötig seien politische Grundsatzentscheidungen, weshalb er für die Überweisung in den Hauptausschuß plädierte.

Andreas Fennert wollte die Anträge nicht pauschal behandeln, könne sich aber auch eine teilweise Verweisung in den Hauptausschuß vorstellen. Auch der stellvertretende PDS-Fraktionsvorsitzende Volker Passoke hielt die Anträge für ehrenwert, aber in der vorgelegten Form für nicht beschlußfähig. Die Fraktion störe die Unbestimmtheit der Anträge. Auch wenn er der SPD-Argumentation (vgl. BBP 3/2005) nicht folgen könne, sehe er rechtliche Probleme. Die Fraktion wollte daher die Verwaltung mit einer rechtlichen Stellungnahme beauftragen. Die von der CDU vorgeschlagene Verweisung in den Hauptausschuß sei aber auch vorstellbar.

Dr. Siegfried Adler (FDP) erklärte, daß das Anliegen der Sondersitzung den liberalen Auffassungen seiner Fraktion entspreche. Aber auch er sah noch Beratungsbedarf, wofür der große Rahmen der StVV ungeeignet sei. Ihm schwebte zur Behandlung des Themas so etwas wie die »Ethikkommissionen« in der Medizin vor. Das Anliegen solle in Ausschüssen, und damit in kleineren Diskussionsrunden diskutiert werden.

Die von der SPD-Fraktion vorgelegten »juristischen Betrachtungen«, so Fraktionschef Peter Kikow, seien tatsächlich nur rechtliche Bemerkungen. Zum politischen Thema der Transparenz solle in der Stadtverordnetenversammlung geredet werden. Seine Fraktion schließe sich daher dem Antrag der CDU an.

Schließlich fand der Antrag zur Verweisung in den Hauptausschuß die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Stadtverordneten. Lediglich sechs Abgeordnete von BKB/Freie Wähler und Grüne/BFB wandten sich dagegen. Zwei PDS-Stadtverordnete enthielten sich der Stimme.

Offenlegung über Umwege

Stadtwerke-Aufsichtsratsmitglieder erhalten 2000 Euro pro Jahr

In der Einwohnerfrage der StVV-Sondersitzung am 8. März fragte ich die beiden Mitglieder der Stadt im Aufsichtsrat der Stadtwerke unter anderem, ob sie bereit sind, ihre Diäten als Aufsichtsratsmitglieder zu nennen.

Herr Kikow versuchte zwar, auf die anderen von mir gestellten Fragen zu antworten, aber meine Frage nach seinen Diäten ließ er unbeantwortet. Er wird seine Gründe haben, darüber zu schweigen.

Inzwischen weiß ich aus anderer Quelle, was die Aufsichtsratsmitglieder für ihre Tätigkeit erhalten. Das steht nämlich im Geschäftsbericht der Stadtwerke, den die Interessengemeinschaft Mieter angefordert hat. Den haben die Stadtwerke selbst auch nicht herausgegeben, obwohl sie eigentlich dazu verpflichtet sind. Aber es gibt ja noch das Registergericht in Frankfurt/Oder. Dort hat die Interessengemeinschaft den Geschäftsbericht angefordert und auch prompt erhalten.

Dort steht drin, daß der Aufsichtsrat neun Mitglieder hat und im Jahre 2003 insgesamt 20.400 Euro Aufwandsentschädigungen gezahlt wurden. Im Durchschnitt erhielten die

Aufsichtsratsmitglieder 2003 also 2267 Euro. Die krumme Zahl ergibt sich vielleicht daraus, daß jedes Mitglied 2000 Euro und der Vorsitzende das Doppelte bekommt. So wird das jedenfalls bei den Fraktionsvorsitzenden in der StVV gehandhabt.

Wenn sich der Aufsichtsrat dann vielleicht für zwei oder drei Sitzungen im Jahr trifft, dann ist das doch ein schönes Geld als Nebenverdienst, oder?

Inzwischen weiß ich aber auch, daß die Vertreter der Stadt in den Aufsichtsräten ihre Aufwandsentschädigungen eigentlich gar nicht behalten dürften, sondern an die Stadt abführen müssten. So steht es im § 104 der Gemeindeordnung.

Behalten dürfen sie nur so viel, wie einer üblichen Aufwandsentschädigung entspricht. Aber 2000 Euro sind wohl doch einiges mehr als eine übliche Aufwandsentschädigung.

Vielleicht tue ich Herrn Kikow Unrecht und er hat die Aufwandsentschädigung bei der Stadt eingezahlt? Nur hätte er dann meine Frage nach den Diäten doch sicher beantwortet.

KARIN HUMMEL

Bürgerbegehren

Seit die von BKB/Freie Wähler zur Sonder-StVV eingereichten Anträge ohne große inhaltliche Diskussion in den Hauptausschuß verwiesen wurden, kursieren in der BKB-Basis Forderungen, im Falle einer endgültigen Abweisung durch die StVV ein Bürgerbegehren zu initiieren. Die Grundlagen hierfür sind in § 20 Gemeindeordnung geregelt. Dort heißt es:

(1) Über eine Gemeindeangelegenheit kann die Bürgerschaft einen Bürgerentscheid beantragen ... Richtet es sich gegen einen Beschluß der Gemeindevertretung ..., muß es innerhalb von sechs Wochen ... eingereicht sein ... Es muß von mindestens zehn vom Hundert der Bürger unterzeichnet sein...

(4) Bei einem Bürgerentscheid kann über die gestellte Frage nur mit Ja oder Nein abgestimmt werden. Die Frage ist in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens fünfundzwanzig vom Hundert der Stimmberechtigten beträgt...

(5) Ein Bürgerentscheid, bei dem die ... erforderliche Mehrheit von Ja-Stimmen zustande gekommen ist, hat die Wirkung eines endgültigen Beschlusses der Gemeindevertretung. Er kann innerhalb der nächsten zwei Jahre nur durch einen neuen Bürgerentscheid ... gändert werden.

Für die Stärkung der Bürgerrechte

Es geht uns um das wichtige Thema der Bürgerrechte, die wir im Verhältnis zu den kommunalen Unternehmen stärker gewahrt wissen möchten. Den Begriff der kommunalen Unternehmen fassen wir dabei weiter. Für die Bürger sind nicht nur TWE, Stadtwerke oder die WHG kommunale Unternehmen, sie begreifen zu recht auch den ZWA Eberswalde als ein kommunales Unternehmen. Der ZWA, der ja als eine öffentlich-rechtliche Einrichtung bezeichnet wird und in diesem Sinne sogar behördliche Züge trägt, wird in besonderem Maße als kommunales Unternehmen verstanden. Wenn wir hier und heute Bürgerrechte einfordern, so kommt das nicht nur der Basis von BKB/Freie Wähler zugute, sondern davon haben ebenso die Bürger etwas, die politisch anderen Gruppierungen oder Parteien zugeneigt sind. Und natürlich haben nicht nur die Bürger außerhalb des Rathauses etwas davon, sondern auch die Bürger, die im Rathaus sitzen.

Daß wir die Wahrung von Bürgerrechten anmahnen, ergibt sich aus den ungünstigen Entwicklungen der jüngsten Zeit im Verhältnis kommunaler Unternehmen zu den Bürgern. Was sich da zeigte, darf man durchaus als eine Kette von Vertrauensbrüchen gegenüber den Bürgern bezeichnen. Die Bürger hatten weitgehend Vertrauen in die kommunalen Unternehmen, mußten sich aber im Hinblick auf Seriosität, Anstand und Rechtschaffenheit im Umgang mit ihm stark getäuscht sehen... Wie kann es sein, das die WHG ihr vorgelegte

Rechnungen einfach an die Mieter durchreicht, anstatt sich treuhänderisch und schützend vor sie zu stellen? Wie kann es sein, daß die Stadtwerke gerade erst im vergangenen September die Gaspreise um rund 10 Prozent erhöht haben und sie dann zum 1. Januar gleich wieder anheben wollten? Nur durch den geharnischten Bürgerprotest konnte die Januar-Preiserhöhung verhindert werden. Wie kann es sein, daß unser billig zu gewinnendes sehr gutes Trinkwasser am Schluß auf der Gebührenrechnung zusammen mit dem Abwasser zum höchsten Kubikmeterpreis für Wasser in Europa mutiert? Wie kann es sein, daß sich angekündigte Gebührenermäßigungen flugs in Gebührenerhöhungen verwandeln? Ein Vorgang, den gegenwärtig Hunderte von brav Erschließungsbeiträge zahlende Bürger erleben.

Allein diese Beispiele zeigen, daß es dringend erforderlich, unseren kommunalen Unternehmen auf die Finger zu schauen. Hierfür bedarf es der Transparenz als einer Voraussetzung zum Vertrauen der Bürger in unsere Kommunalbetriebe, ein Vertrauen, das offenbar neu begründet werden muß.

Ich zitiere hier aus einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes: »Die parlamentarische Demokratie basiert auf dem Vertrauen des Volkes; Vertrauen ohne Transparenz, die erlaubt zu verfolgen, was politisch geschieht, ist nicht möglich.«

Unsere Fraktion geht davon aus, daß alle Stadtverordneten am Vertrauen der Bürger zu

ihren Kommunalbetrieben interessiert sind und somit die erforderliche Transparenz als ein Bürgerrecht mit bewirken wollen. Wir schlagen deshalb vor, das Anliegen der Sondersitzung zu einem Gemeinschaftswerk werden zu lassen. Das wäre ein gutes Signal für die Bürger, ein gutes Signal für unsere Stadt. Wir könnten durch ein bürgernah gestaltetes Verhältnis Kommunalbetrieb – Bürger im Vergleich zu anderen Kommunen punkten. Vielleicht wäre das auch investorenfreundlich. Wir würden uns als Stadtverordnete deutlich abheben von den Peinlichkeiten und Unlauterkeiten, wie wir sie auf der Bundesebene erlebten.

Wir wollen auch deutlich machen, daß es selbstverständlich immer auch Sachverhalte und Themen geben wird, die nichtöffentlichen Charakter besitzen. Aber für den Bereich der öffentlich zu machenden Sachverhalte müssen wir ein ungestörtes Verhältnis zwischen kommunalem Betrieb und Bürger erreichen.

Ich will mit einem Auszug aus dem Urteil des VG Regensburg schließen: »In der repräsentativen Demokratie bedürfen die mündigen Bürger Informationen, um sachkundig ihre Wahlentscheidung treffen zu können... Wie sollen die Bürger ... eine bewußte Wahlentscheidung treffen, wenn ihnen verheimlicht wird, wie und mit welchen Argumenten sich die ... Fraktion x oder das Stadtratsmitglied Y in den kommunalen Aufsichtsräten zu diesen Gegenständen verhalten haben«

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG

Sinkende Gewerbesteuern

Eberswalde (bbp). Ungeachtet der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ging der Haushaltsplan 2004 bei den Gewerbesteuern von einer linearen Steigerung aus. Schließlich erhöhten sich die Einnahmen aus der Gewerbesteuer von 2,8 Millionen Euro im Jahr 2001 schon im Folgejahr auf 3,6 Millionen Euro und im Jahr 2003 auf 5,0 Millionen Euro. Der Planansatz für 2004 ging daher von Gewerbesteuern in Höhe von 5,6 Millionen Euro aus. In der Planungsphase seien die erheblichen Rückzahlungen für Gewerbesteuervorauszahlungen nicht absehbar gewesen, stellt der Fachdienst Finanzen im Jahresabschluß 2004 fest. Es zeige sich »eine Trendwende von steigenden Einnahmen bei Gewerbesteuern der vergangenen Jahre zu sinkenden Einnahmen in 2004«. Laut Rechnungsabschluß flossen der Stadt Eberswalde im Jahr 2004 nur noch 4,4 Millionen Euro aus Gewerbesteuern zu. Die Mindereinnahmen von 1,2 Millionen Euro werden allerdings relativiert, da bei der Gewerbesteuerumlage statt der geplanten 1,3 nur 0,4 Millionen Euro fällig werden. Netto sinken die Einnahmen aus der Gewerbesteuer um 0,3 Millionen Euro.

Personal billiger als geplant

Eberswalde (bbp). Die Stadt Eberswalde konnte im Jahr 2004 gegenüber dem Haushaltsplan Ausgaben in Höhe 615.000 Euro einsparen. Allein bei den Personalkosten wurden 410.000 Euro weniger als geplant ausgegeben. Eine Rolle spielt dabei die Kürzung der Zuwendung für Beamte auf einen Festbetrag (1.090 Euro pro Person), die Streichung des Urlaubsgeldes für Beamte und die Auswirkungen des Haustarifvertrages für die Angestellten und Arbeiter, nach dem verstärkt von der Möglichkeit des Abschlusses von Altersteilzeitverträgen Gebrauch gemacht wurde. Dennoch stiegen die Personalausgaben im Vergleich zu 2003 um 0,3 Millionen Euro an.

Einen weiteren Einsparungsposten verzeichnet der städtische Jahresabschluß bei den Zuschüssen für die LAGA GmbH. Von den gesparten Zuschüssen in Höhe von 196.000 Euro bilden jedoch 121.000 Euro einen »Haushaltsausgaberesult«, mit dem 2005 bisher nicht bezahlte Rechnungen der inzwischen aufgelösten LAGA GmbH beglichen werden sollen.

Minderausgaben gab es infolge der geringeren Einnahmen auch bei der Gewerbesteuerumlage (0,9 Millionen Euro) sowie infolge der verstärkten Nutzung zinsgünstiger Angebote bei den Zinsen für die zur Liquiditätssicherung notwendigen Kassenkredite.

Beratung für Kriegsdienstverweigerer mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«, 16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Nach der Streichung der halben Stelle, die bisher über das sog. 610-Stellen-Programm finanziert wurde, findet die Beratung ehrenamtlich statt. Seither ist eine telefonische Terminabsprache notwendig.

Weniger Knöllchen durch 750-Jahrfeier

Eberswalde (bbp). Statt der geplanten 570.000 Euro Verwarn- und Bußgelder konnte die Ordnungsabteilung der Eberswalder Stadtverwaltung im Jahr 2004 nur knapp 360.000 Euro an die Stadtkasse abführen. Zu den Hauptursachen für die gravierenden Einnahmeausfälle gehörte »die starke Einbindung des Außen- und Ermittlungsdienstes in die 750-Jahrfeier und den Brandenburgerstag«. Während der Vorbereitung und Durchführung der beiden Großveranstaltungen sei es zu erheblichen Mehrarbeitsstunden gekommen, die in der Folgezeit durch Freizeitausgleich kompensiert werden mußten. Als weitere Gründe benennt die Ordnungsabteilung die Streichung von 2

Stellen im Außen- und Ermittlungsdienst, den Ausfall der Rotlichtüberwachungsanlage an der Kreuzung Eisenbahn-/Grabowstraße, die mangelnde Bildqualität des Geschwindigkeitsüberwachungsgerätes sowie veränderte Überwachungsaufgaben hin zu Präventivkontrollen in öffentlichen Anlagen (z.B. Park am Weidendamm, Potsdamer Platz) sowie zu Kontrollen von Hundehaltern.

Kritisiert wird auch die Entscheidungspraxis des Amtsgerichtes Eberswalde, die nach einer Auswertung von 18 Monaten in 98,5 % der Fälle zu einer Verfahrenseinstellung führte. Der Verfahrensausgang sei daher für die Betroffenen kalkulierbar.

Festschrift erhältlich

Eberswalde (bbp). Die Stadtverwaltung Eberswalde verfügt noch über größere Bestände an Festschriften zur 750-Jahrfeier der Stadt Eberswalde, die in diesem noch an den Mann oder die Frau gebracht werden sollen. Im Festjahr 2004 lag die Verkaufsquote der Festschrift bei lediglich 44 Prozent der geplanten Menge. Auch der geplante Souvenirverkauf von Motivtassen, Memories, Spielen, Pins und Festtagskräutern lag mit 17 Prozent deutlich unter den Erwartungen des Haushaltsplanes. »Es wird also bereits in 2005 zu außerplanmäßigen Einnahmen aus den Verkäufen kommen«, kann der Fachdienst Finanzen der Stadtverwaltung dem kommerziellen Mißerfolg des Vorjahres positive Seiten abgewinnen.

Mehr Konzessionsabgabe

Eberswalde (bbp). Über eine überplanmäßige Einnahme von 212.300 Euro aus der Konzessionsabgabe der Stadtwerke Eberswalde konnte sich der Stadtkämmerer im Jahr 2004 freuen. Fällig wird die Konzessionsabgabe, weil die Stadtwerke für ihre Versorgungsleitungen städtisches Territorium in Anspruch nehmen. Dabei ist die Höhe der Konzessionsabgabe umsatzabhängig. AUrsprünglich waren im Haushaltsplan 2004 Einnahmen in Höhe von 1,262 Millionen Euro vorgesehen worden. Die tatsächliche Höhe der Konzessionsabgabe lag hingegen bei 1,474 Millionen Euro. Die Konzessionsabgabe sollte laut Plan zur Rückzahlung einer Kapitalentnahme bei den Technischen Werken (TWE) verwendet werden.

Per Mehrheit von der StVV beschlossen:

Neueste deutsche Rechtschreibung

Eberswalde (bbp). Mit einem löblichen Anliegen wandte sich die SPD-Fraktion im März an die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung. Angesichts der neuen Entwicklungen in der Landesstrukturplanung entwarf SPD-Fraktionschef Peter Kikow einen Brief an die Landesregierung, in dem für die Stadt Eberswalde der Status eines Oberzentrums gefordert wird. Bisher gilt die Stadt als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums. In der neuen Struktur soll Eberswalde nur noch als Mittelzentrum geführt werden, was entsprechende Auswirkungen auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen hätte.

Dem vorgebrachten Anliegen schlossen sich alle Fraktionen an. Kritik wurde jedoch an der grammatikalischen und ausdrucksmäßigen Ausformulierung des Briefes geübt. Dirk Amelung (FDP) hatte in dem Brief 26 entsprechende Fehler gefunden. Die Fraktionen der CDU, der PDS und Grüne/BFB schlossen sich der Forderung an, den Brief zu überarbeiten. Peter Kikow erklärte darauf, er habe den Brief selber geschrieben und beklagte, daß der gute Ansatz »zerredet« werde. Mit dem Brief, der

nur ein erster Schritt sein könne, solle erreicht werden, daß das Land reagiert, ehe alles per Kabinettsbeschluß festgezurrt wird.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende stellte daher den Geschäftsordnungsantrag, über den Antrag sofort und einschließlich des Briefes in seiner ursprünglichen Form abzustimmen. Ohne die vorliegenden Änderungsanträge zu berücksichtigen, votierte die Mehrheit der Stadtverordneten bei 5 Gegenstimmen und mehreren Enthaltungen für den Antrag. Die formal notwendige Beanstandung des Beschlusses dürfte wegen der inhaltlichen Bedeutung ausbleiben.

Der Beschlußtext lautet somit im (unkorrigierten) Original: »Die StVV Eberswalde beschließt die Verabschiedung eines Briefes an den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg mit der Bitte, Eberswalde den Status eines Oberzentrums zu verleihen. Ebenso richtet die StVV Eberswalde ihren Appell an den Unternehmerverband, die IHK, die Handwerkskammer, sowie weitere Institutionen und Verbände, sich dem Anliegen des Briefes der StVV Eberswalde an den Ministerpräsidenten zu folgen und sich anzuschließen.«

Tierpark Eberswalde:

Intelligentes Management nötig

Die arroganten Bemerkungen, mit denen der bei der Stadt angestellte Tierparkdirektor die Entscheidung der Stadtverordneten kommentierte (MOZ, 24./25.3.2005), sollten gewiß nicht auf die Goldwaage gelegt werden. Schließlich ist Dr. Hensch für seine Impulsivität bekannt. Doch wird er kaum ernsthaft behaupten wollen, daß die weitere Existenz des Eberswalder Tierparks von einer Erhöhung der Eintrittspreise für Kinder abhängt, wie den zitierten Äußerungen zu entnehmen wäre, würde man sie ernst nehmen.

Der Tierpark hat seinem Direktor eine Menge zu verdanken. Es wäre sicherlich ein herber Verlust für die Stadt Eberswalde, wenn Herr Hensch nun alles hinschmeißen wollte.

Im übrigen begleitet das Kostenproblem den Tierpark schon seit längerem. Ab 2001 lag der Zuschußbedarf regelmäßig 120.000 bis 300.000 Euro über dem jeweiligen Planansatz. Das Problem ist also seit mindestens vier Jahren bekannt. Da stimmt es schon einigermaßen traurig, wenn als Lösung nur die Anhebung der

Preise vorgeschlagen wird. Das macht Chancen kaputt und führt letztlich zu einer Verstärkung der Abhängigkeit von städtischen Zuschüssen, womit langfristig tatsächlich der dauerhafte Fortbestand des Tierparks gefährdet wäre.

Der Tierpark als Freizeitangebot für die Eberswalderinnen und Eberswalder und als wichtiges Mittel für die Imagepflege der Stadt muß erhalten bleiben. Dem wird kaum jemand widersprechen. Diese Ziele verlangen dem Stadthaushalt auch künftig Subventionen ab. Allerdings werden da angesichts der prekären Haushaltslage Grenzen einzuhalten sein.

Ein intelligentes Management, das die Bürgerinnen und Bürger aktiv einbezieht, kann diesen scheinbaren Widerspruch lösen. Ich traue dem jetzigen Tierparkdirektor einiges zu. Auch, daß er sich auf die neue Situation einstellen kann und somit auf eine Neuausschreibung der Direktorenstelle verzichtet werden kann.

GERD MARKMANN

Familiengarten mit positiver Bilanz

Eberswalde (bbp). In den 168 Tagen der Saison 2004 gab es im Familiengarten auf dem Gelände der Landesgartenschau 2002 insgesamt 348 Veranstaltungen. Diese positive Bilanz legte der kommissarische Leiter des städtischen Regiebetriebes Dr. Bernd Hensch im März in schriftlicher Form dem Stadtverordneten Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen vor. Allein an 38 Veranstaltungstagen, besonders an Sonn- und Feiertagen, lockte der Familiengarten mit über 200 Auftritten an den verschiedensten Standorten mit Veranstaltungsangeboten für die ganze Familie. So z.B. mit »Ostern für die ganze Familie«, dem Oldtimertreffen »40 Jahre Trabant« und vom 29. bis 31. Mai mit dem Eröffnungswochenende der Eberswalder 750-Jahrfeier. Außerdem gab es mehrere Kinder- und Familientage wie zum Internationalen Kindertag, das Zuckertütenfest mit Einschulung und Meisterschaften der Kreisverkehrswacht, Seniorennachmittage am Liebermanncafé, den Behindertentag »Es geht auch anders...« mit einem Konzert mit Kerstin Rodger sowie Veranstaltungen zum Brandenburgtag und am 3. Oktober. Nach Saisonende öffnete der Familiengarten noch einmal anlässlich des Eberswalder Weihnachtsmarktes seine Pforten.

Hinzu kamen 20 Sonderveranstaltungen auf der Freilichtbühne, u.a. Konzerte mit den Puhdys, Shaolin-Show, Kino Open Air, Stayin Alive – The Bee Gees Story, Nabucco und die Mega-Sommerparty der Sparkasse Barnim. Für die 3. Lichterträume am Finowkanal stand das gesamte Gelände zur Verfügung.

In der Stadthalle »Hufeisenfabrik« fanden 27 Veranstaltungen statt. Darunter die Neu-

jahrsempfänge des Bürgermeisters der Stadt Eberswalde und des Barnimer Landrates, die Gesundheitsausstellung Balance, Schulabschlußfeiern, Konzerte im Bereich der Volksmusik und Klassik, Betriebsfeiern sowie eine Saisonabschlußparty und eine Silvesterparty.

Der Saal des Tourismuszentrums wurde an 82 Tagen für 60 Veranstaltungen genutzt. So gab es u.a. Foren und Gespräche zur Gesundheitsausstellung Balance, Jazz in E., Lesungen zur Literaturwoche, Seniorennachmittage, die 25tägige Ausstellung »...es gab nicht nur den Schwarzen Kanal – Streiflichter aus 39 Adlhofer Fernsehjahren«, Tanzschulveranstaltungen, Tagungen, Seminare und Informationsveranstaltungen sowie in zunehmendem Maße Vereins-, Betriebs- und Familienfeiern.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben der Aktivitäten im Familiengarten lagen der Bilanz nicht bei.



Tierpark Eberswalde:

Weniger Eintrittsgelder

Eberswalde (bbp). Fast 200.000 Euro weniger als geplant nahm der Tierpark Eberswalde im Jahr 2004 an Eintrittsgeldern ein. Mit rund 757.000 Euro lagen die Eintrittsgelder sogar noch 33.000 Euro unter der Prognose vom Dezember 2004 (vgl. BBP 1/2005). Seit 2000 hatte der Tierpark nur im Schlechtwetterjahr 2001 weniger Eintrittsgelder kassiert.

Die Stadtverwaltung sieht für die Mindererlöse zwei Ursachen. Einerseits sei der Besuch des Tierparks in erster Linie witterungsabhängig. Andererseits enthielt der Planansatz bereits die erst jetzt beschlossenen Erhöhungen der Eintrittspreise. Tierparkdirektor Dr. Bernd Hensch hatte nach eigenem Bekunden bereits bei der Planerstellung verwaltungsintern auf den zu hohen Ansatz bei den Eintrittsgeldern hingewiesen, konnte sich aber beim städtischen Kassenverwalter mit seinen Einwendungen nicht durchsetzen.

Bei den sonstigen Einnahmen und den Ausgaben des Tierparks weist die Jahresrechnung keine größeren Abweichungen vom Plan aus. Daraus errechnet sich für 2004 ein tatsächlicher Subventionsbedarf von ca. 810.000 Euro statt der geplanten 687.000 Euro.

Dreckecke in Finow

Seit geraumer Zeit gibt es eine Dreckecke in Finow, die mich mehr als andere stört. Diese Dreckecke ist die Altenhofer Straße in Höhe der alten Judo-Halle.

Nicht nur das dort Papier, Glas und anderer Unrat in Unmengen die Landschaft verschandeln, auch die Unfall- und Verletzungsgefahr ist enorm. Fahrrad und Autoreifen können beschädigt und die Pfoten unserer vierbeinigen Freunde verletzt werden. Da der Gehweg tiefer als die Straße liegt, die Straße liegt teilweise in Kopfhöhe, können Glassplitter zu schweren Verletzungen führen.

Dieser ca. 100 Meter lange Abschnitt der Altenhofer Straße ist nebenbei bemerkt Teil des Radwanderweges am Finowkanal, genannt Treidelweg, und soll zahlreiche Besucher anlocken. Wenn die Attraktionen unserer Region verschandelt werden ist es besser wenn sich potentielle Touristen andernorts vergnügen, weil ich mich als Ur-Finower dann nicht schämen muß.

Unklar ist mir allerdings warum dort keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden, entweder Straße und Gehweg regelmäßig zu reinigen oder dieser beispiellosen Schweinerei endlich Einhalt zu gebieten. Außerdem würde mich interessieren, wer für eventuelle Schäden haftet: Die Stadt, der Betreiber der Judo-Halle, die Kaoten die diese Sauerei verursacht haben oder wer?! Als steuerzahlender Bürger und Wähler fordere ich die Verantwortlichen zum sofortigen Handeln auf.

ANDY LOSCH ⁷

Eine zeitlose Meinung

Telekomstraße und Ortsumgehung

Die Rekonstruktion der Telekomstraße spaltet die Bürger in zwei Lager, Befürworter und Gegner. In der Gewißheit, daß dieses Thema noch lange die Gemüter bewegen wird, wird es für den Wahlkampf hiesiger Politik mißbraucht. Ähnlich verhält es sich mit der geplanten Ortsumgehung Eberswalde. Beides kann man als Beispiel nehmen wie plan- und ziellos und wie unkoordiniert mit Zeit, Geld und mit der Geduld von Bürgern umgegangen wird. Warum entscheidet man sich also ausgerechnet für die Nordtangente der Umgehung, die schlechteste Alternative, die zur Wahl stand. Hätte man sich beizeiten auf die Südtangente geeignet, wäre aus dem Flugplatz Finow vielleicht ein bedeutender Regionalflughafen bzw. ein ideal gelegener Gewerbehark geworden, mit direkter Anbindung an die Autobahn.

Nur in diesem Zusammenhang wäre überhaupt daran zu denken gewesen, die Telekomstraße auszubauen. Wem aber nützt die Telekomstraße und welche Probleme bringt Sie mit sich? Das erste Problem ist die Kreuzung »Großer Stern« in Finow: ein Flaschenhals, wenn die optimistischen Verkehrsprognosen der Befürworter zutreffen, eine Katastrophe, die auch durch eine Verbindung zur Schönholzer Straße nicht zur Gänze entschärft würde und neue Probleme aufwerfen würde. Da selten die Optimisten recht behalten, in diesem Fall käme nur eine geringe Nutzung zustande, wäre das Geld m.E. besser für Instandsetzungsarbeiten an schon bislang stark genutzten Straßen angelegt. Und noch ein weiterer Punkt sollte Beachtung finden, der Naturschutz. Wie in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten üblich sehr unpopulär aber nicht weniger wichtig.

Fazit ist, ein Ausbau der Telekomstraße ist nur dann sinnvoll, wenn wie auch immer der Flugplatz stärker genutzt würde, oder wenn man sich noch für die Südtangente der Ortsumgehung entscheiden würde bzw. beides zusammen. Ohne diese Voraussetzungen wäre ein Ausbau unwirtschaftlich.

In diesem Zusammenhang lese ich in der Presse oft sehr emotionale Beiträge, geprägt von Wunschen bis hin zu aggressiven Anfeindungen. Das Hickhaek welches in letzter Zeit um die Finanzierung veranstaltet wird, ist letzten Endes nur ein Versuch, die Verantwortung für das befürchtete Scheitern bzw. die finanzielle Belastung im Falle einer Sanierung auf fremde Schultern abzuwälzen und die oben genannten Anfeindungen ins Leere laufen zu lassen. Aufgrund dieser Auffassung von Politik wird zwar der gemeine Pöbel weiterhin Unterhaltung finden aber die ökonomische, ökologische und die kulturelle Entwicklung der Region werden auf der Strecke bleiben.

Diesen Brief hätte ich auch schon vor fünf Jahren schreiben können. Ich bin sicher, daß er diese Zeitlosigkeit noch lange behalten wird.

ANDY LOSCH

Gegen einen Kuhhandel

Mit Geld- und Sachgeschenken versucht die Kreisverwaltung, den betroffenen Kommunen Eberswalde, Biesenthal und Schorfheide die Übernahme der Telekomstraße und ihren Ausbau in kommunaler Trägerschaft schmackhaft zu machen... Für die Stadt Eberswalde wurde noch ein weiterer lukrativer Köder ausgelegt. Stimmt die Stadt den Plänen zu, finanziert der Kreis den sogenannten Britzer Knoten an der neuen Umgehungsstraße. Ein Ausbau der Telekomstraße wird nicht dadurch sinnvoller, daß der Kreis den Kommunen an anderer Stelle

entgegenkommt. Trotz aller Förderungen müssen von Biesenthal 240.000 und von Eberswalde 360.000 Euro für die Straße aufgebracht werden. Die jährlichen Folgekosten für Unterhalt und Winterdienst noch nicht eingerechnet. Für Land und Kreis hat die Telekomstraße nur eine geringe verkehrliche Bedeutung. Ihr Ausbau birgt jedoch ein hohes ökologisches Risiko. Wer dafür 3,6 Millionen Euro einsetzen will, handelt politisch verantwortungslos.

THOMAS BERG, Fraktionsvorsitzender
GRÜNE/FREIE WÄHLER

Geldverschwendung für unnötige Straße?

Der Ausbau der Telekomstraße für den Schwerverkehr mit 6,50 m Straßenbreite und 80 km/h Geschwindigkeit für LKW im Gegenverkehr soll mit einem Kostenaufwand von 3,6 Millionen Euro erfolgen. Dies ist in keiner Weise zu akzeptieren. Das ist ökonomischer und ökologischer Unfug und gegen die Menschen gerichtet. Während überall Umgehungsstraßen gebaut werden, soll eine neue Straße mit überregionalem Verkehr direkt ins Finower Zentrum geführt werden – mit einem Verkehr, der eher eine Mautumgehung als einem örtlichen Wirtschaftsbedürfnis entspricht. (...)

Schauen Sie in den Haushaltsplan von Eberswalde, dann werden Sie den Stadtteil Finow darin so gut wie überhaupt nicht finden. Finow ist nur an den wachsenden Schulden der Stadt beteiligt. Für mehr ist kein Geld da. Aber für eine Straße von Finow nach Biesenthal ist Geld da: Geld des Landkreises, Geld aus Fördermitteln und dann folgend Geld der Stadt für die laufenden Kosten der Straße.

Mit fremdem Geld ist gut Wirtschaften. Da fragt keiner danach, wo dieses Geld herkommt. Alle bejammern die ungenügende Kommunalfinanzierung und sprechen von Zeiten knapper

Kassen, wie von einem Naturereignis. Aber die Kassen wurden und werden durch sinnlose Projekte und Ausgaben geleert. Das Geld, das für die Telekomstraße ausgegeben werden soll, wird letztlich in der Haushaltsfinanzierung aller Kommunen fehlen.

Dabei gehen Land und Landkreis davon aus, daß die Telekomstraße keine überörtliche Bedeutung haben wird. Warum soll dann Geld des Landes und des Kreises dafür ausgegeben werden? (...)

Ein Skandal ist es ferner, daß die Vorlage die erpresserische Aussage enthält, daß der Landkreis die Baulast nicht übernimmt, wenn die Kommunen der Umstufung nicht zustimmen. (...) Wenn Sie die Telekomstraße nicht für völlig verzichtbar halten, dann folgen Sie dem Ihnen vorliegenden Vorschlag der BI und machen sie die Telekomstraße in ihrem jetzigen Ausbaustand und mit Radweg versehen wieder für den Verkehr nutzbar. Als Straße für den Verkehr zwischen den Orten Finow und Biesenthal, für einen weichen Tourismus und für das Handwerk.

ALBRECHT TRILLER, Finower Ortsbürgermeister auf der Kreistagssitzung am 9. März

Gegen den Ausbau der Telekomstraße

Gründungsversammlung der Bürgerinitiative Pro Finow

Eberswalde (bbp). Am 16. Februar lud der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller die Anwohner, die von einem Ausbau der Telekomstraße betroffen sind, zu einer Beratung ein. Insgesamt kamen etwa 50 Finower, darunter auch nicht unmittelbar Betroffene. Der Ortsbürgermeister stellte die Ausbaupläne der Telekomstraße vor und informierte über den geplanten Kreistagsbeschuß zur Umstufung. Es kam zu einer Pro- und Kontradiskussion, bei der die nicht unmittelbar Betroffenen für den Ausbau votierten. Daraufhin einigten sich jene Beratungsteilnehmer, die dem Ausbau der Telekomstraße ablehnend gegenüberstehen, auf die Gründung einer Bürgerinitiative.

Zur Gründungsversammlung am 3. März erschienen knapp 40 Personen. In der Diskussion bekräftigten mehrere Anwohner die Notwendigkeit der Gründung einer Bürgerinitiative. Es

gab Übereinstimmung dazu, daß eine Bürgerinitiative alle die Bürger aufnehmen könne, die gegen den Ausbau der Telekomstraße sind.

In der Frage, ob die Telekomstraße vollständig zurückgebaut, auf einen Radweg beschränkt oder im bisherigen Ausbaugrad wiederhergestellt werden sollte, plädierten die meisten der Anwesenden für eine Wiederherstellung. Den Anwesenden lag der Entwurf eines Positionspapiers vor, das im Weiteren in die Diskussion einbezogen wurde. Es wurde mit einigen Ergänzungsvorschlägen bestätigt. Dieses Positionspapier soll dem Kreistag Barnim übergeben werden.

Hans-Joachim Schmiederer und Thomas Gilles erklärten sich bereit, als Sprecher der Bürgerinitiative zu wirken. Ortsbürgermeister Albrecht Triller sagte der Bürgerinitiative seine Unterstützung zu.

»Doch das Herz ist krank«

Es wird Frühling und das trotz sozialer Kälte. Ich setze nicht mit Heinrich Heine fort: »Deutschland ein Wintermärchen«, sondern möchte mich an gegenwärtige Fakten und Zitate halten und diese beziehen sich auf unser Rentensystem.

Wir schreiben das Jahr 2005 und haben es mit dem Crash der Sozialsysteme zu tun. Seit dem 1. Januar ist das Altersvorsorgegesetz wirksam. Weitere Veränderungen stehen bevor: Die Gesundheitsreform droht zu scheitern. Zahlungen werden weiter erhöht.

Aufwendungen rund um die Zähne werden steigen. Die Pflegekasse (ehemals in Gesundheit enthalten) ist leer. Die Pensionskasse wird leerer. Die oder eine Steuerreform steht bevor. Und wie weiter?

Heute schon decken Tabak- und Mineralölsteuer fehlende Beiträge. Alles sehr düster für immer mehr Menschen. Schon sind wir wieder bei Heine: »Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht«

Das deutsche Rentensystem ist gescheitert (Umlagemodell auf Beitragsbasis oder »Generationsvertrag«) und alles getreu dem Motto: Die Reichen mache reicher und die Armen mache ärmer. Die Zeche für die Fehler der letzten 30 Jahre bezahlt der kleine Mann und nicht einmal das reicht, denn noch unsere Enkel müssen dafür aufkommen. Von sozialer Gerechtigkeit haben wir uns bereits verabschiedet und wovon noch? Das Steueraufkommen entwickelt sich zum Lohnsteueraufkommen, Großunternehmen werden entlastet, beschenkt und zahlen zum Teil keine Steuern. Eine soziale Wende ist unabdingbar. Wo geht sonst die Reise in diesem Lande noch hin?

Zu den Fakten. Vergleichen wir die dt. Lebensbäume: 1910 (ein gleichmäßiger Baum-schöne Tanne), 1950 (noch ein Weihnachtsbaum, etwas verworfen), 2001 (Hitchcock, unansehnlich mit starken Verwerfungen), 2060 (ein Krüppel)

Geburtenrückgang: 1960 gab es 2,1 Geburten pro Frau, heute sind es 1,1. Und die Situation verschärft sich. Singlehaushalte überwiegen, die Menschen werden älter, die Zahl der Beitragszahler sinkt immer mehr – absoluter Bevölkerungsrückgang, Arbeitslosigkeit, Eintrittsalter ins Berufsleben, kürzere Lebensarbeitszeit (Rechenbasis sind 45 Jahre), aber längere Rentenbezugsdauer.

Aber Norbert Blüm behauptete vor 20 Jahren: »Unsere Rente ist sicher«. Er meinte seine.

Seit 1975 steht fest, daß das bundesdeutsche Rentensystem in seiner jetzigen Form nicht mehr aufrecht gehalten werden kann. Prof. Kurt Biedenkopf wagte es damals auszusprechen und mußte Jahre später in die Verbannung – er wurde Ministerpräsident von Sachsen. Das Problem wurde weiter verschwiegen. Heute ist es plötzlich da. Während Ulla Schmidt weiter-



schwafelt, im Sinne von Nobbi Blüm: »Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt das Herzstück der Altersvorsorge.« Doch das Herz ist krank. 2050 werden fünfzehnmal mehr Mensch 100 Jahre alt sein.

Völlig anders der Kanzler (1.12.2004, Berlin): »Der Staat kann die soziale Verantwortung nicht mehr tragen.« Und Prof. Rürupp (November 2004): »Der Staat ist fiskalisch am Ende.« Mit anderen Worten – Pleite.

Prof. Raffelhüschen (Mitglied der Rürupp-Kommission und Gastprofessor in Helsinki, sprach es im November 2004 im ntv aus: »Aus Sicht des Staates ist die Rente in trockenen Tüchern. In Deutschland fand die größte Rentenkürzung (bis 2035) um 20 % statt und keiner hat es gemerkt. In der Schweiz wurden bereits 5%-Kürzung abgelehnt.«

Dazu die Fakten: Länger arbeiten – weniger Rente (mindestens bis zum 67. Lebensjahr): das macht 7,2% aus. Dazu der Nachhaltigkeitsfaktor von minus 14 %, macht zusammen minus 20 %. Die Einkünfte der Rentner sinken 2004 auf 70 % des Lebensnetto, 2009 auf 65 % und 2035 auf 55 %. Heute zahlen 1,3 Millionen Rentner Steuern. 2040 aber werden 100 Prozent der Renteneinnahmen der Besteuerung unterzogen. Die Lebenserwartung steigt 2020 auf 83,8 (Frauen) bzw. 78,1 Jahre (Männer) und 2035 auf 85,4 bzw. 79,7 Jahre. Die Anzahl der Beitragszahler aber sinkt von 21 Mio im Jahr 2000 auf 12 Mio im Jahr 2040. Im Jahr 2000 kamen 61 Rentner auf 100 Beitragszahler, im Jahr 2040 werden es 118 Rentner sein.

Wann beginnen die politisch Verantwortlichen endlich im Sinne der Masse unserer Menschen zu handeln?

Und somit sind wir doch wieder bei Heine. Nur die Aktion der Masse bewirkt Veränderungen. Wir müssen diese von den Politikern einfordern.

WERNER NIENDORF, 14. März

29. Montagsdemo am 7.3.

»Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht«. Diese Worte Heinrich Heines gehörten zum Motto der 29. Montagsdemo »Schlaflose Nächte«.

Hartmut Stark begrüßte die 80 Demonstranten. In einem symbolischen Schlafzimmer lagen vom Sozialabbau Betroffene »schlaflos« in ihren Betten. Nacheinander traten sie ans Mikrophon, um ihre Gedanken in ihren schlaflosen Nächten zu berichten (»Bettschichten«).

Echte Existenzsorgen plagten Erika Klatte. Ihre wirtschaftliche Situation verschlechtert sich durch Hartz IV rapide. Sie sieht für sich keinerlei Perspektive. Ute Frey verwies auf die wachsende Armut in Deutschland. Durch Hartz IV werden immer mehr Menschen in die Armut getrieben, ohne die Chance, je wieder heraus zu kommen. Uwe Ledwig griff die Pressemeldungen über die Homepage des SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Kikow auf und nannte es einen Skandal, wie dieser mit den Montagsdemonstranten umginge. Zu Recht forderten die Montagsdemonstranten seinen Rücktritt vom Fraktionsvorsitz. Frank Töpfer schilderte, wie die »Bedarfsgemeinschaften« durch Hartz IV zusätzlich benachteiligt werden. Werner Niendorf trug einige Verse aus Heinrich Heines »Deutschland, ein Wintermärchen« vor. Manuela Richter hat Schwierigkeiten, die dringend notwendigen Medikamente zu kaufen. Sie verzichtet manchmal schon aus finanziellen Gründen darauf, verordnete Medikamente einzunehmen. Gebührenpflichtige Parkplätze kommen für sie nicht in Frage. Die über fünf Millionen Arbeitslosen, zu denen auch Robert Malinowski (Foto) gehört, ohne daß Besserung in Sicht ist, machen ihm schlaflose Nächte.



Hartwin Schulz kann die Betroffenen nicht verstehen, die sich über einen 1-Euro-Job freuen. Er kann nicht schlafen, wenn sich die Menschen darüber freuen, daß sie derart erniedrigt und brutal ausgebeutet werden. (Ute Frey stellt in diesem Zusammenhang klar, daß Eberswalder Montagsdemo Hartz IV stets verurteilt hat, daß aber Vorhaltungen nicht gerechtfertigt sind, Eberswalder Montagsdemo würde empfehlen, 1-Euro-Jobs nicht anzunehmen). Das Gedicht »des reichen Mannes Frühlingfahrt« von Heinrich

Heine rezitierte Reiner Holz. Es braucht nicht viel im Leben, um glücklich zu sein. Aber auch das Wenige hat sich der Reiche angeeignet. »Schlaflose Nächte bereitet es auch, daß die Armut in Deutschland zunimmt, und damit auch die Kinderarmut. 12,6 % der Kinder leben in Deutschland in Armut«, sagte Albrecht Triller. »Was ist das für eine Gesellschaft, die zu den reichsten Gesellschaften der Erde gehört, in der Kinderarmut zur Regel gehört. Kinder werden immer mehr zum wirtschaftlichen Risiko der Eltern.«

Sebastian Walter, Gymnasiast, zollte den ausdauernden Montagsdemonstranten seinen großen Respekt und versprach, sich künftig öfter an den Montagsdemos zu beteiligen. Die Montagsdemos hätten doch schon kleine Erfolge gebracht und müßten fortgesetzt werden. Er stellte den Zusammenhang her zwischen Hartz IV und dem weiteren Sozialabbau bis zum Bildungsklausur.

30. Montagsdemo am 14.3.

Ein Streichelzoo für vom Sozialabbau Betroffene gab der Montagsdemo das besondere Gepräge. Streichel-Zoo, klein aber fein, und billig! Die 95 Demonstranten hatten lebende Tiere und Plüschtiere mitgebracht und damit einen kleinen Zoo gestaltet.



Den Hintergrund dafür gab die anstehende Stadtverordnetenversammlung, in der über die Erhöhung der Zoo-Eintrittspreise entschieden werden sollte. Ute Frey als Moderatorin des Tages stellte diese Preiserhöhung als eine Form des Sozialabbaus dar. Die Stadt nehme keine Rücksicht auf die sozial Schwachen, sondern mache diesen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Stadt unmöglich.

Werner Niendorf sprach anschließend zum Thema Renten. Die Aussage des früheren Sozialministers Norbert Blüm, daß die Renten sicher seien, treffe nur für Herren wie Blüm zu. Die übrigen Rentner müßten eine Null-Runde nach der anderen hinnehmen. Abgesehen davon, daß die nominale Rente immer mehr an Kaufkraft verliert.

Im Anschluß daran informierte Albrecht Triller über die Teilnahme von drei Eberswaldern an der gemeinsamen Beratung der Organisatoren der Montagsdemos in Göttingen. Er hob als besonders wichtig hervor, daß

Vom Streichelzoo zum reißenden Wolf

»Nun ticken sie wohl nicht mehr richtig«, wird mancher gedacht haben, als er in der Zeitung gelesen hat, daß die Eberswalder Montagsdemo heute einen Streichelzoo veranstaltet. Nur im »Märkischen Sonntag« konnte man nachlesen, daß wir mit dieser Aktion die Erhöhung der ZOO-Eintrittspreise anprangern wollen, die die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag beschließen will.

Die Erhöhung der Zoopreise ist ein kleines Teilstück des Sozialabbaus, mit dem die staatlichen Haushalte auf Kosten der Bürger saniert werden sollen. Da macht auch die Stadt Eberswalde keine Ausnahme. Trotz Millionenverlusten im Haushalt ist Geld für alle möglichen Dinge da, darunter für die Lieblingsprojekte der Stadtoberen, wie zum Beispiel die überflüssige Telekomstraße. Dafür sollen die Bürger dann höhere Kosten für den Zoo, für soziale und Bildungseinrichtungen zahlen. Da wird auch keine Ausnahme gemacht für die am stärksten Betroffenen des Sozialabbaus.

»Für die ALG II-Empfänger stellt sich die Frage des Zoo-Besuches ohnehin nicht mehr«, soll der PDS-Fraktionsvorsitzende laut MOZ vom 16. Februar gesagt haben (gegenüber der »Barnimer Bürgerpost« erklärte der PDS-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Sachse, daß

ihn die MOZ falsch zitiert habe – d. Red.).

Wir aber fordern, daß Hartz IV-Betroffene nicht ausgegrenzt werden, sondern alle städtischen Einrichtungen nutzen können. Soll die Stadt an anderen Stellen sparen, angefangen bei den Gehältern der oberen Etagen.

In der letzten Kreistagssitzung wurde auf die Anfrage zur Weitergewährung des Sozialtickets für den Bus in Eberswalde erklärt, der Kreis wäre nicht in der Pflicht, die Nachteile, die die Hartz IV-Betroffenen hätten, durch Sozialleistungen auszugleichen. Weil sich die Zahl der Anspruchsberechtigten verdoppelt hätte, könne der Landkreis das Sozialticket nicht mehr finanzieren. Anderswo gäbe es auch kein Sozialticket. Deshalb wird man wohl das Sozialticket demnächst abschaffen.

Ihr seht, die ALG II-Empfänger und sonstigen Hartz IV-Opfer sind am untersten Ende der Hackordnung und sollen auf alles verzichten. Aber wenn die Not auch noch so groß ist, auf das Prestige-Objekt Kreishaus für über 30 Millionen Euro verzichtet der Kreis nicht.

Heute veranstalten wir den kleinsten und billigsten Streichelzoo Deutschlands, aber beim nächsten Mal lassen wir **wilde Löwen und reißende Wölfe los.**

UTE FREY, 14. März

Widerstand ist bundesweit vernetzt

Heute vor genau einem Jahr stellte Bundeskanzler Schröder die Agenda 2010 im Bundestag vor. Den verkündeten Zielen ist er kein Stück näher gekommen.

Soziale Sicherheit für alle, mehr Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum und solide Staatsfinanzen, sollten angeblich erreicht werden. Heute haben wir weniger soziale Sicherheit, mehr Arbeitslose, kein Wirtschaftswachstum und desolate Staatsfinanzen. Die Unternehmen allerdings haben größere Gewinne eingefahren und die Armut hat zugenommen. Das Produkt der Schröderschen Politik ist nur die Verschlimmerung der unsozialen Politik der Regierung Kohl. Deshalb müssen die Proteste gegen die unsoziale Politik wachsen – ein Ende der Montagsdemos ist nicht in Sicht.

Am Wochenende trafen sich etwa 80 Organisatoren von Montagsdemos aus ganz Deutschland in Göttingen, um über den weiteren Widerstand zu beraten. Drei Vertreter aus Eberswalde waren dabei.

Wichtigstes Ergebnis des Göttinger Treffens war, daß sich die Teilnehmer auf gemeinsame Forderungen der Montagsdemonstranten und anderen Sozialbündnisse an die Bundespolitik

und die Kommunalpolitik verständigt haben. Wie die einzelnen Orte damit umgehen, werden die Akteure jeweils selbst entscheiden. Als Hauptforderung bleibt natürlich, daß Hartz IV weg muß.

Die »Forderungen an die Kommunen« sollten wir an die Stadt und den Landkreis geben. Der Landrat sollte aufgefordert werden, uns bei dem vereinbarten Gesprächstermin am 5. April Antwort zu geben.

Ein wesentlicher Punkt des Treffens in Göttingen war der Vorschlag eines gemeinsamen Aktionstages zu den Ein-Euro-Jobs am 20. Mai. Bis dahin soll eine Fragebogenaktion laufen, mit der wir uns konkrete Kenntnis über die Situation der Ein-Euro-Jobber verschaffen. Am 20. Mai wird dann unser Besuch einem großen Maßnahmeträger oder einem anderen Verantwortlichen für die Umsetzung der Ein-Euro-Jobs gelten.

Auch künftig werden auf den alle zwei Monate stattfindenden deutschlandweiten gemeinsamen Beratungen, die Organisatoren des Widerstandes gegen die Agenda 2010 einschließlich Hartz das gemeinsame Vorgehen beraten.

ALBRECHT TRILLER, 14. März

Frühlingslied der Montagsdemonstranten

Der Winter ist vergangen, ich seh' des Maien Schein
ich seh' die Blümlein prangen und tät mich gern dran freun
Doch 5 000 000 Menschen, die braucht man hier nicht mehr
Hartz 4 schafft keine Arbeit, nur Armut schafft es her

Heraus aus euren Stuben, heraus aus dem Betrieb.
Wir müssen auf die Straße, damit uns jeder sieht.
Wir brauchen kein ein euro job, es muß auch anders geh'n.
jeden Montag heißt's nun wieder, gemeinsam demonstrier'n.
RALF JAHNKE

Macht Radau, gegen diesen Sozialabbau

Letzte Woche tagte der große Jobgipfel und alle Medien hofften auf die große Wende im ganzen Land. Viele Menschen hofften auf ein Wunder. Denn etwas anderes kann uns unter dieser Regierung nicht mehr retten.

Ich persönlich hoffte nicht darauf, denn ich wußte genau was raus kommt: nämlich nichts.

Außer natürlich sogenannte Steuervorteile, die am Ende nichts bringen, Kürzungen in allen Bereichen und natürlich die seit sieben Jahren bekannten Versprechungen.

Im Vorfeld wurde von der Verbesserung der Hartz-Gesetze gesprochen. Aber uns allen ist doch klar, Verbesserung hilft bei Hartz IV nicht – nur die Abschaffung kann Deutschland noch retten.

Am Ende wurde meine Vermutung natürlich nicht widerlegt und es kam doch wieder nichts raus und es wird auch nichts raus kommen!

Aber nein, eins habe ich übersehen: Es kommt was raus, nämlich mehr Geld für die ganzen großen Monopolfirmen, die keine Arbeitsplätze schaffen, sondern sie noch ins Ausland schicken um noch größere Umsätze als

die im letzten Jahr zu schaffen. Denn wir sind ja Exportweltmeister – von Arbeitsplätzen.

Nach dem Jobgipfel entflammte mal wieder der Streit um den Gesundheitsklau in unserer Republik. Gesine Loetzsch (PDS) sagte dazu im Bundestag: »Ja, die Gesundheitsreform greift! Sie greift nämlich dem kleinen Bürger in die Tasche.«

Festgestellt wurde auch, daß das mit der Pflegeversicherung nicht so weiter gehen kann. Schlußfolgerung war, das Krankengeld und so weiter zu kürzen. Mein Tip ist:

Laßt das Geld den Kranken und holt es endlich von den Banken.

Drittens wurde sich dann noch gefragt, wie so bei dieser wunderbaren Gesundheitsreform so viele Ärzte und Apotheken Pleite gehen. Da mußte ich mich echt fragen sind die so blöd oder tun die nur so? Man kann sich heute einfach nicht mehr leisten, krank zu sein. Das wollten doch die Krankenversicherungen. Damit sich die Krankenkassenchefs alles in ihre eigene Tasche stecken können. Und damit paßt der Satz wieder:

Wo liegt die Asche? Bei den Bossen in der Tasche.

Meine Schlußfolgerung aus all dem ist nur eine: Nach sieben Jahren muß doch Schröder gemerkt haben, daß die Bosse soviel Umsätze die auch immer machen keine Arbeitsplätze schaffen. So blöd kann nicht mal unsere Regierung sein.

Jetzt muß man umsteuern und endlich damit anfangen, Politik für die Menschen und nicht nur für die Profite zu machen.

Mir geht's auf den Keks, daß immer nur vom Kürzen gesprochen wird. Dazu sagen wir als [solid]- die sozialistische Jugend Eberswalde: »Die sagen kürzen, wir sagen kämpfen!« Denn wir sehen tagtäglich, wo das Geld in unserem Land hingeht. Wir müssen nur zum neuen Kreishaus schauen. Es wird von der Sanierung der Altstadt Eberswalde gesprochen, aber die bauen hier einen riesigen Neubau hin.

Als letztes habe ich noch eine kleine Bitte an euch alle, die hier stehen und an die, die hier nur vorbeilaufen:

Reiht euch ein und macht Radau, gegen diesen Sozialabbau.

SEBASTIAN WALTER, 21. März



Von »TRILLER-Pfeifen« und noch stärkeren Tobak

Zu: »SPD-Fraktionschef im Stasi-Jargon« in BBP 3/2005

Abgesehen davon, daß ich die »TRILLER-Pfeifen« eher lustig finde als beleidigend ist schon die Überschrift des Artikels darauf gerichtet, bestimmte Klischees zu bedienen. Außerdem sollte man sich nicht so wichtig nehmen, da ja nicht davon ausgegangen werden kann, daß man selbst im Eberswalder Umfeld, geschweige denn darüber hinaus weiß, wer oder was gemeint sein könnte. Jedenfalls hat das Gesagte genau so wenig mit dem »Sta-

si-Jargon« zu tun, wie der Teufel mit dem Weihwasser. Abgesehen von dem unmöglichen Stil dieses Artikels im Umgang mit seinen politischen Gegner und der postulierten Stasi-Kenntnisse, sind dort genannte Forderungen geradezu abenteuerlich. Jedenfalls trägt diese Meinung nicht zur Mobilisierung von Bürgern für sicherlich notwendige Protestaktionen gegen die Hartz-IV-Maßnahmen bei.

GÜNTER VOGLER

alle Teilnehmer an der Beratung mit gleichen Forderungen an die Bundes- und die Kommunalpolitiker herantreten werden. Er teilte ferner mit, daß es am 20. Mai eine gemeinsame bundesweite Aktion aller Montagsdemos geben werde, die die 1-Euro-Jobs in den Mittelpunkt stellt.

Am offenen Mikro sprach Sebastian Walter von der sozialistischen Jugendorganisation »[solid]«. Er geißelte die Deutsche Bundesbank, die Gewinnrekorde aufstellt und zugleich 10.000 Arbeitsplätze abbaut: »Der Sozialstaat, der ist krank. Das Geld, das hat die Deutsche Bank«. Er lehnte Bildungsklau ab und forderte die Möglichkeit, kostenlos studieren zu können.

Als letzte kam Karin Hummel zu Wort. Sie berichtete, daß sie auf ihre Einwohnerfrage in der StVV zur Höhe der Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten im Aufsichtsrat der Stadtwerke Eberswalde keine Antwort erhalten hätte. Sie wisse aber jetzt, daß diese 2000 Euro im Jahr erhalten! Ein schöner Zuverdienst für drei bis vier Sitzungen im Jahr!

31. Montagsdemo am 21.3.

Weil auf den Frühlingsanfang fallend, stand die 31. Montagsdemo unter dem Motto »Frühlingserwachen«. Karla Kruse konnte 85 Demonstranten begrüßen. Zunächst trug Albrecht Triller das Gedicht »Frühlingsspaziergang« vor – frei nach Goethes »Osterspaziergang«. Es handelte von der Hoffnung, daß mit steigender Sonne auch die Aktivität der Betroffenen wieder zunimmt. Ute Frey schilderte anhand eines Artikels in der Berliner Zeitung das Schicksal eines zuckerkranken ALG II-Empfängers, dem von der Agentur für Arbeit kein Geld gezahlt wurde, weil er einen Termin bei der Behörde versäumt hatte. Dadurch kam der Betroffene in eine lebensbedrohliche Situation, weil er sein Insulin nicht bezahlen konnte. Ralf Jahnke begann mit einem selbstgetexteten Lied, bevor er sich dem »Job-Gipfel« bei Bundeskanzler Schröder widmete. Dieser Gipfel habe nichts gebracht, weder wirksame Lösungsansätze, noch Erleichterungen für die Betroffenen.

Rolf Richter nahm den 2. Jahrestag des Beginns des Irakkrieges zum Anlaß, die Kriegspolitik der USA zu verurteilen. Er geißelte auch die Rüstungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Am offenen Mikro meldete sich Sebastian Walter von [solid] zu Wort.

Der anschließende »Frühlingsspaziergang« führte an den Büros von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vorbei. Die Demonstranten überbrachten Reisersträuße mit Schleifen: »und da sind wir aber immer noch... und wir machen weiter« sowie »kämpferische Frühlinggrüße – Eberswalder Montagsdemo«. Sie hefteten diese Sträuße an die Eingangstüren der Büros mit erläuternden Worten von Frank Töpfer.

Der Demonstrationzug, bei dem zuletzt 65 Teilnehmer gezählt wurden, führte viele kleine Bild/Text-Tafeln mit, die über die einzelnen Regelsätze des ALG II informierten, z.B. 88 Cent für ein Frühstück, oder 18 Cent für die tägliche Zigarettenration, 0,00 Euro für PKW-Unterhaltung usw. Dem gegenübergestellt wurden u.a. die Kosten für einen einmaligen Toilettenbesuch im Eberswalder Rathaus von 50 Cent. Zu sehen war auch die Forderung nach Erhöhung des Regelsatzes von 331 auf 634 Euro.

32. Montagsdemo am 28.3.

Ein Demonstrationzug war von vornherein nicht vorgesehen, aber auch am Ostermontag sollte die Montagsdemo nicht ausfallen. Die etwa 75 Teilnehmer, die Ute Frey als Moderatorin begrüßen konnte, bestätigten die Richtigkeit dieser Annahme. Die Demonstranten wurden mit schönstem Frühlingswetter und der Helligkeit des zweiten Tages der Sommerzeit belohnt.

Das geplante große Osterfeuer auf dem abgesperrten Pavillonplatz scheiterte an der mit »fadenscheinigen Gründen« versehenen Ablehnung des Landrates. Deshalb entzündeten die Montagsdemonstranten auf dem Marktplatz diesmal drei Feuerkörbe.

Karla Kruse malte in ihrer Rede ein Bild, wie es 2010 aussehen könnte, wenn der Sozialabbau in gleicher Weise weitergeht. Nach ihr sprach Sebastian Walter. Er verurteilte, daß »Ostminister« Stolpe den Osten aufgegeben habe. Seine Aussage, eine Angleichung Ost an West sei nicht möglich, charakterisierte ihn als »Abbau-Ost-Minister«. Die Menschen sollten aber im Osten bleiben – nur dafür muß Arbeit her. Änne Resmer schlug die Brücke zu den am gleichen Tage laufenden Montagsdemonstrationen und trug unter viel Beifall ein eigenes Gedicht mit ihren Gedanken zum Golfkrieg vor.



Zur »Feier des Tages« gab es dann selbstgebackenen Kuchen und Kaffee und für die Kinder Süßigkeiten. Lieder von Ralf Jahnke zur Gitarre umrahmten die Ostermontagsdemo. Er sang seine eigenen Montagsdemo-Lieder, aber auch alte Arbeiterlieder und das Lied »Kleine weiße Friedenstaube«, wofür er viel Beifall erntete. Anschließend fuhr er mit seiner Gitarre nach Angermünde, um auch dort auf der Montagsdemo zu singen.

Das Eberswalder Sozialforum

Zur Struktur und Arbeitsweise

Das »Eberswalder Sozialforum« (ESF) ist ein lockeres Bündnis von Kräften, die auf der Basis der Charta des Weltsozialforums und der Plattform des Eberswalder Sozialforums zusammen arbeiten wollen. Die Mitwirkung bedarf keines Beitritts oder anderer formaler Akte. Die Mitarbeit ist langfristig erwünscht, jedoch auch begrenzt auf einzelne Projekte möglich.

Was Inhalt der Plattform des ESF sein soll, bestimmen die an der Mitarbeit Interessierten in ihrer ersten Zusammenkunft. Die Plattform unterliegt dem Prozeß der kollektiven Meinungsbildung im ESF.

Mitstreiter im ESF sollen Einzelpersonen sein. Einzelpersonen, die in einem gesellschaftlichen Umfeld wirken (Vereine, Gewerkschaften, Bündnisse, Parteien usw.), das dem ESF nahe steht. Sie stellen Verbindungen zwischen dem ESF und diesem Umfeld her und fördern das Zusammenwirken. Das ESF stellt sich konkrete Aufgaben und Projekte entsprechend der selbstgesetzten Schwerpunkte, unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit anderen Sozialforen und nach Maßgabe der eigenen Kräfte. Die Bestimmung gemeinsamer Projekte soll das Ergebnis der gemeinsamen Beratung möglichst aller zu einem bestimmten Zeitpunkt mit dem ESF verbundenen Mitstreiter sein (Plenum).

Zur Verwirklichung konkreter Projekte finden sich Mitstreiter des ESF nach Interessengebieten und Neigungen zusammen. Sie nehmen das Projekt in die eigenen Hände und verwirklichen es im engen Kontakt zu anderen

Projektgruppen.

Zur Koordinierung der Arbeit des ESF und seiner verschiedenen Projektgruppen schafft sich das ESF eine Koordinierungsstelle. Diese Stelle hat keine übergeordnete Funktion, sondern unterstützt die Projektgruppen bei der Erreichung der selbstgestellten Aufgaben und unterstützt die Arbeit des Plenums. Sie gibt in organisatorischen und materiell-technischen Fragen Hilfe im Rahmen der Möglichkeiten.

Alle Mitstreiter des ESF gemeinsam bilden das Plenum. Beratungen im Plenum erfolgen mindestens halbjährlich und im Weiteren nach Bedarf. Anstöße dazu können alle Mitstreiter geben, die einen Bedarf dazu sehen. Die Organisation der Beratung des Plenums übernimmt die Koordinierungsstelle. Die Projektgruppen legen aus ihrer Mitte einen Sprecher der Projektgruppe fest. Dieser koordiniert die Arbeit der Mitstreiter in der Projektgruppe.

Die Projektgruppen nutzen in eigener Verantwortung die Möglichkeit der Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung mit der Koordinierungsstelle.

Das »Eberswalder Sozialforum« verfügt über keine eigenen finanziellen und materiellen Mittel. Im Rahmen von Projekten des ESF ist nur das realisierbar, was durch materielle und finanzielle Mittel der Mitstreiter oder von Unterstützern gesichert werden kann.

Strukturen und Arbeitsweise des ESF sollen den jeweiligen Erfordernissen einer erfolgreichen Arbeit entsprechen und können jederzeit angepaßt werden.

»Eberswalder Sozialforum«

Sozialstaat verteidigen – Reichtum umverteilen!

Wenn in einem Land trotz steigender Arbeitsproduktivität die Löhne sinken, die Reichen überdimensional reicher werden während die Massenarmut steigt, wenn bei mehr als 5 Millionen offiziellen (und geschätzten 6,5 Mio) Arbeitslosen, die Menschen die noch Arbeit haben, länger arbeiten und weniger Urlaub erhalten sollen, wenn die Regierung zu Billiglohnarbeit aufruft, diese fördert und Menschen in solche sogenannten 1-Euro-Jobs zwingt – aber umgedreht zu mehr Konsum aufruft, dann stimmt etwas in diesem Land nicht mehr – Es stinkt! Es ist etwas faul!

Es ist der blanke Hohn. Bei der Deutschen Bank stieg der Gewinn um 87 Prozent auf 2,5 Milliarden Euro. Das beste Ergebnis seit 5 Jahren und Herr Ackermann will 6400 Angestellte entlassen. Da stellt sich die Frage: Wie viele Arbeitslose verkraften die Staatskassen noch? Die SPD »reformiert« die Bundesrepublik. Diese »Reformen« demontieren den Sozialstaat. Reform heißt – ich hab im Brockhaus nachgeschaut – Umgestaltung, Neuordnung, planmäßige und schrittweise Veränderung be-

ziehungsweise Verbesserung der bestehenden Verhältnisse... Es ist der blanke Hohn!

Mit dieser Politik muß Schluß sein! Nicht die Umsetzung sondern das Gesetz Hartz IV ist das Problem!

Der DGB Region Uckermark/Barnim fordert:

1. daß die Unterschiede des Arbeitslosengeldes II zwischen Ost und West aufgehoben und der Regelsatz für ein soziales Auskommen weit über 345 Euro pro Monat erhöht wird,
2. daß Leistungen für Kinder (Kindergeld) nicht als Einkommen auf die Sozialleistungen des Arbeitslosengeldes II angerechnet werden dürfen und
3. daß die Anrechnung des Partnereinkommens auf das Arbeitslosengeld II zurückgenommen wird.

Wir stellen fest: die »Arbeitsmarktreform« mit Hartz IV ist sozial ungerechtfertigt – die betroffenen Menschen werden ins soziale Abseits gestellt und aus der Gesellschaft ausgrenzt.

ANDREAS SULT,
DGB Region Uckermark/Barnim

30. April 2005:

Tag der Erneuerbaren Energie

Eberswalde (ekb). Wie in jedem Jahr, veranstaltet das Energiesparkontor Barnim den »Tag der Erneuerbaren Energie« gemeinsam mit »BARUM 111« vom Landkreis, der FH Eberswalde, der Firmen Repower und UFE Solar, des Waldsolarheimes und Bündnis 90/Grüne.

Folgende Aktionen sind am 30. April geplant:

10 bis 12 Uhr: Tag der offenen Tür im Waldsolarheim Eberswalde in der Brunnenstr. 25

* Besichtigung der Demonstrationsanlagen (Photovoltaikanlage, BHKW) mit Führung und Erläuterung

* Vorstellung des neuen Solarkabinetts

11 bis 12 Uhr: Besichtigung der Produktionshalle der Firma REpower Systems AG. Kruger Damm 11 in 16230 Trampe

Präsentation zur weltweit größten Windkraftanlage »REpower-SM«. REpower-Systems stellt Windenergieanlagen mit einer Leistung von 600 bis 5000 kW her. Das Unternehmen beschäftigt 500 Mitarbeiter, 110 davon am Standort Trampe. Windparks von REpower stehen in Trampe, Lichterfelde, Rüdersdorf, in der Uckermark, Prignitz, Lausitz, Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Tschechien, Italien, Frankreich, Griechenland, Japan, Australien etc. (Anmeldung erbeten, Tel. 033451/55860)

10 bis 14 Uhr: Besichtigung einer Windkraftanlage der Firma REpower/Systems AG in Lichterfelde Typ MD70, Leistung 1500 kW, Nabenhöhe 85 m, Rotordurchmesser 70 m, Gesamthöhe bis Rotorspitze 120 m, Teil des Windparks Lichterfelde mit 5 WEA.

13 bis 15 Uhr: Besichtigung eines Einfamilienhauses mit moderner Holzheizung in Eberswalde, Schwappach-Weg 15

13 bis 15 Uhr: Besichtigung eines Einfamilienhauses mit einer Solarstromanlage, Leistung 3,06 kW in Eberswalde, Triftstraße 32

13 bis 15 Uhr: Besichtigung der Wasserkraftanlage am Finowkanal in Stecherschleuse Niederfinow

10 bis 12 Uhr: Besichtigung des Holzhackschnitzelheizwerkes der Fachhochschule in Eberswalde, Campus Alfred-Möller Str.

10 bis 12 Uhr: Besichtigung von Anlagen zur dezentralen Energieversorgung für Kommunen und Einfamilienhäusern bei UFE Solar im Technologie- und Gewerbehark Eberswalde, Röntgenstraße 12

10 und 11 Uhr: 2 Führungen zur Besichtigung der Deponiegasanlage und des BHKW in Eberswalde Ostende, 2 BHKW Leistung 470 kW, 1 BHKW Leistung 311 kW, Thermische Wärmeleistung 120 kW

Verkehrszählung in Berlin - Brandenburg

Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VB8) führt gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen vom 1. März bis zum 29. September 2005 im Verbundgebiet eine Verkehrserhebung durch. Die ermittelten Verkehrsdaten bilden die Grundlage zur Aufteilung der Fahrgeldeinnahmen bei den Verkehrsunternehmen.

Für dieses Vorhaben bittet der VBB mit seinen Partnern die Fahrgäste um Mithilfe.

Auf allen Linien im Verbundgebiet werden die Fahrgäste gezählt und nach ihrem Fahraus-

weis, Fahrtweg und Ziel befragt. Die Befragung erfolgt durch geschultes Personal unter Wahrung der Anonymität. Das Personal weist sich selbstverständlich den Fahrgästen gegenüber aus.

Die Verkehrserhebung soll auch dazu beitragen, das Verkehrsangebot noch stärker an den Bedürfnissen der Kunden auszurichten.

Der VBB und die Verkehrsunternehmen bedanken sich bereits im Vorfeld bei ihren Fahrgästen für die freundliche Unterstützung.

FRANK WRUCK Geschäftsführer BBG

Keine Verstöße gegen Streusalzverbot

Eberswalde (bbp). Der Winter ist vorbei und die Straßenwinterdienste haben ihre Arbeit getan. Während die für die Landes- und Bundesstraßen verantwortliche Straßenmeisterei vor allem auf den Einsatz von Auftausalzen schwört, sehen sich die zuständigen Stellen der Stadt Eberswalde nach früheren Aussagen schon aus Kostengründen zu einem sparsameren Streusalzeinsatz auf den städtischen Straßen verpflichtet. Für die Gehwege ist der Einsatz von Salz laut der geltenden Straßenreinigungssatzung sogar bis auf wenige Ausnahmen grundsätzlich verboten.

Wie der zuständige Fachdienst für Ordnung und Brandschutz jetzt auf Anfrage mitteilte, wurde im vergangenen Winter in keinem einzigen Fall ein Verstoß gegen das Streusalzverbot festgestellt. Allerdings gibt es auch keine Re-

gelungen, das Verbot zu kontrollieren. Von sich aus werden hier die Fachdienstmitarbeiter nicht tätig. »Vorrangiges Augenmerk«, so Fachdienstleiter Holzhauer, »wird auf die Wahrnehmung der Winterdienstpflichten an sich gerichtet, um Gefahren für die Sicherheit des Fußgänger- bzw. Fahrzeugverkehrs weitgehend auszuschließen«. Ansonsten werde konkreten verwertbaren Hinweisen im Einzelfall nachgegangen.

Hinsichtlich der Tochtergesellschaften der Stadt werde keine Veranlassung gesehen, wegen deren Vorbildwirkung besondere Vorkehrungen zu treffen. Hinweise, daß seitens der Technischen Werke im Bereich des Sportkomplexes Westend Streusalze oder andere auftauende Stoffe verwendet wurden, sind seitens der Gesellschaft zurückgewiesen worden.

Maulkorbpolitik

Mit Empörung verfolge ich, wie in den Dörfern und nun auch in Friedrichswalde die Einwohner offensichtlich um ihr sauer erspartes Geld geprellt wurden, weil man ihnen kostengünstige und der Umwelt dienende Abwassertrennungsmöglichkeiten verweigerte. Ich empfinde Solidarität mit den Betroffenen. Der eigene Bürgermeister scheint das seinen Bürgern angetane Unrecht noch nicht einsehen zu wollen und lobt die unnütz teure Kanalisation (vgl. MOZ vom 18.3.2005, »Erwarten klare Ansage des Landrates«).

Bei sich scheint der Bürgermeister keine Fehler zu entdecken. Er sucht sie bei anderen, wie z.B. beim Landrat. Ich sehe das so, daß der Bürgermeister am eingetretenen Vertrauensverlust selber eine tüchtige Aktie hat. Auch setzt der Bürgermeister noch eins drauf. Er will keine Bürgerversammlung einberufen. Damit will er verhindern, daß die Bürger ihrem Ärger Luft machen. Maulkorbpolitik a la Friedrichswalde.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

»Bessere Partner suchen«

Nun haben es die Bürger in den Dörfern gemerkt, daß sie vom ZWA, von Bürgermeistern und Gemeindevertretungen zu ihren Ungunsten überredet wurden, ihr Geld für die Flächenkanalisation herzugeben. Viele haben hierfür sogar Kredite aufgenommen. Abgesehen von den Bankzinsen, die sie nicht zurück-erhalten, müssen sie befürchten, daß ihr Geld verloren ist. Was hatte man ihnen nicht alles erzählt, um an ihr Geld zu gelangen: Der Kanal ist die billigste, ökologischste, technologisch hochstehendste Lösung, wer sich nicht anschließt ist ein Umweltsünder, handelt unsolidarisch und wird bestraft. Nun stellt sich da Gegenteil heraus. Gerade für die Dörfer hätte es kostengünstigere und ökologischere Lösungen gegeben. Vor allem: An ihnen, den Bürgern, wurde unsolidarisch gehandelt. Ihr Geld ist wohl verloren, andere dagegen haben – so denke ich – ihr Schäfchen ins Trockene gebracht.

Die Bürger sollten nun zusammen stehen. Sie sollten sich bessere Partner suchen: Zum Beispiel die Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim.

BRUNO ZACHERT

Nummern im System

Ich bekomme Arbeitsamtspost von einem Herrn 536.50 (kein Scherz). Kein Name, nur ein unleserlicher Krakel, der wohl die Unterschrift sein soll. Der Herr 536.50 hat keinen Raum, kein Telefon, kein Fax, keine Email, stellt aber Forderungen. Mit Nummern zu kommunizieren, finde ich entwürdigend. Hat beim Arbeitsamt aber System... Ich hoffe, meine Bewerbungsphase dauert nicht mehr allzu lange, daß ich diese Institution los bin.

Herr 239.72 (der Redaktion bekannt)

Der Weg in eine nachhaltige Zukunft (Teil 2)

Die Entstehung der Permakultur

von Daniel Fischer

Permakultur stellt ein umfassendes und weitsichtiges Konzept dar, das sich an ökologischen, ethischen und nachhaltigen Grundsätzen orientiert und somit einen Lösungsweg zu den gegenwärtigen Umweltproblemen auf globaler und lokaler Ebene aufzeigen kann.

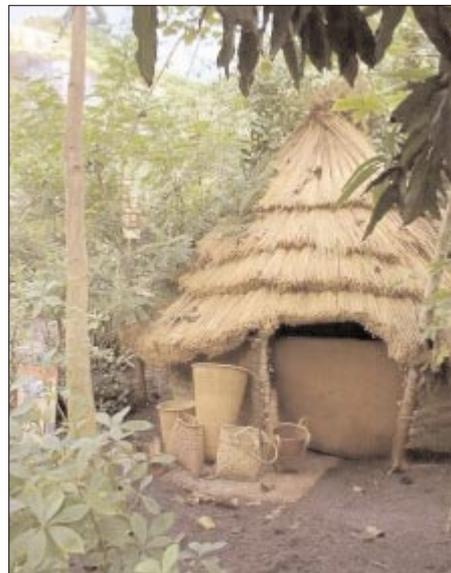
Permakultur beinhaltet dabei viele Ideen und Methoden, die nicht von ihr selbst stammen: Einige sind traditionelle Methoden, andere beziehen die moderne Wissenschaft und Technik mit ein. Alle Ideen und Methoden haben aber eine Gemeinsamkeit: Sie sollen einer nachhaltigen und gerechten Lebensgestaltung dienen, die zu einem Miteinander von Mensch und Natur beiträgt.

Ursprünglich bedeutete der Begriff so viel wie permanente Agrikultur oder dauerhafte Landwirtschaft. Heutzutage ist unter Permakultur ein ökologisches, ethisches und soziales Ideengeflecht mit ganzheitlichem Ansatz zu verstehen, das sich nicht nur auf die nachhaltige Produktion von qualitativ hochwertigem Obst und Gemüse beschränkt. Permakultur findet auch ebenso Anklang in der Architektur, der Baubiologie, der dezentralen Abwasserreinigung mit Hilfe von Pflanzenkläranlagen und der Energieversorgung durch erneuerbare Energiequellen. Sogar Themen wie ganzheitliches Lernen und Sozialplanung können miteinbezogen werden. Der besondere Beitrag von Permakultur ist es hierbei, die verschiedenen Lebensbereiche und Fachdisziplinen miteinander in Beziehung zu setzen. Durch diese integrative Verfahrensweise sollen möglichst optimale Lösungswege für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung entwickelt und aufgezeigt werden.

Insgesamt ist es deshalb ein wesentliches Ziel von Permakultur, die natürlichen Lebensgrundlagen für Mensch und Natur dauerhaft zu sichern und zu erhalten, indem nachhaltige Lebensräume und Systeme entworfen, entwickelt und verwirklicht werden. In Deutschland und in anderen Ländern werden bereits verschiedene Kurse in zahlreiche Akademien und Lehrinrichtungen angeboten, in denen die theoretischen und praktischen Grundlagen und Kenntnisse dazu erlernen werden können. Durch eine erfolgreiche Ausbildung kann man oder frau auf diese Weise zum offiziellen Permakultur-DesignerIn werden.

Obwohl der Begriff »Permakultur« noch recht jung ist und 1978 zum ersten Mal von den beiden Australiern Bill Mollison und David Holmgren durch ihr gleichnamiges Buch veröffentlicht wurde, handelt es sich bei Permakultur im Grunde genommen um eine uralte Idee, die jedoch durch neue wissen-

schaftliche Erkenntnisse ergänzt wird. In vielen Teilen der Welt haben die Menschen ihre Gärten bereits seit Hunderten von Jahren sehr nah am Vorbild der Natur bewirtschaftet, um ihre Bedürfnisse zu versorgen. Im Vergleich zu den heutigen Energie-intensiven Monokulturen, die nur durch den massiven Einsatz von Pestiziden und Mineraldünger auf die Dauer erhalten werden können, sind diese naturnahen, traditionellen Anbausysteme dagegen meist durch eine schonende und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen gekennzeichnet.



Der Begriff »Permakultur« wurde zwar durch die beiden Australier Bill Mollison und David Holmgren geprägt. Im Grunde genommen handelt es sich dabei aber um eine uralte Idee, die durch neue Erkenntnisse ergänzt worden ist. In vielen Dörfern der Welt haben nämlich die Menschen ihre Felder sehr nah am Vorbild der Natur bewirtschaftet. Dabei war ihre Lebensweise durch eine enge Naturverbundenheit geprägt.

Durch die hohe Strukturvielfalt auf den bewirtschafteten Flächen, durch den Anbau von einer Vielzahl von unterschiedlichen Kulturpflanzen und durch die optimale Verwendung des zur Verfügung stehenden Raumes übertreffen sie die tatsächliche Produktivität der heutigen Agrarindustrie mit ihrem enormen Rohstoffverbrauch um ein Vielfaches. Während die industrialisierte Landwirtschaft insgesamt mehr Energie und Ressourcen verbraucht als durch die Ernteprodukte erzeugt werden, können die traditionellen Anbauverfahren deutlich mehr Energieeinheiten produzieren, als zu Beginn investiert wurden. Ein System kann jedoch nur dann dauerhaft, stabil und nachhaltig sein, wenn die Bilanz langfristig positiv ist.

Eindrucksvolle Beispiele für solche naturnahen Bewirtschaftungssysteme stellen die Hausgärten von zahlreichen Familien in südlicheren Breiten dar, die auch Homegardens genannt werden. In ihnen wachsen Bäume, Büsche, Kräuter, Gemüse und Kletterpflanzen genauso zusammen, wie es der Wald mit seinen vielfältigen Strukturen und Schichten vor-macht.

Durch einen solchen produktiven Gartenschungel können beispielsweise die Einwohner von Kerala im südlichen Teil von Indien, das Chagga-Volk in Tansania und viele Bewohner Malaysias ihre Anbauflächen viel effektiver nutzen, als das in einem reinen Obst- oder Gemüsegarten der Fall ist, weil mehrere Ernten zur gleichen Zeit am gleichen Ort reifen und das Sonnenlicht in den verschiedenen Schichten optimal genutzt wird. Darüber hinaus liefern die Hausgärten den Menschen ihre gesamte Nahrung, einen Großteil ihrer Medizin und Fasern, sowie auch einige Pflanzen und Produkte zum Geldverdienen. Durch den biologischen Anbau der verschiedenen Kulturpflanzen wird zur jeder Jahreszeit garantiert, daß frische und gesunde Ernteprodukte in der höchsten Qualität mit der besten Lagerfähigkeit und einem hohen Vitalstoffgehalt verfügbar sind.

Die außergewöhnliche Vielfalt an unterschiedlichen Gewächsen, Strukturen und ökologischen Nischen hat jedoch noch einen weiteren entscheidenden Vorzug, denn sie bietet auch zahlreiche Tierarten einen Lebensraum. Davon profitieren wiederum die Menschen, weil der Schädlingsbefall durch das höhere natürliche Gleichgewicht in diesen so biodiversitätsreichen Gärten einerseits viel geringer ist als in den Monokulturen der heutigen Industriezivilisation.

Andererseits bietet der überwältigende Reichtum an Nutz- und Heilpflanzen eine höhere Stabilität als ein monotones Bewirtschaftungssystem, in dem sich das Anbauverfahren auf nur wenige Kulturgewächse konzentriert. Während der Bauer hier bei ungünstigen Umständen mit Totalausfällen rechnen muß, die z.B. durch Pilzkrankheiten, zu hohen Schädlingsbefall oder durch klimatische Extremverhältnisse ausgelöst werden, sind in den Hausgärten zumindest immer einige Pflanzenarten vorhanden, die den Ernteausfall kompensieren können.

Die Hausgärten dienen den Menschen jedoch nicht nur als System zu ihrer materiellen Versorgung, sondern sie bieten ihnen auch Möglichkeiten zur Erholung, zur direkten Naturerfahrung und sie besitzen zudem meist auch einen sehr hohen ästhetischen Wert.

AG Umwelt bei der PDS Barnim (AGU)

»Sozialismus ist ökologisch oder es ist kein Sozialismus«

Sozialismus und ein nachhaltiger Umgang mit der natürlichen Umwelt der Menschen gehören zusammen. Diesem Zusammenhang wollen wir auch in den konkreten politischen Auseinandersetzungen hier in der Region Eberswalde und im Landkreis Barnim Geltung verschaffen.

Wir, das sind Mitglieder und Sympathisanten der PDS, die sich zum Jahresbeginn 2005 in der AG Umwelt bei der PDS Barnim zusammengefunden haben.

Das Programm der PDS benennt den Erhalt der Natur als wichtigen Bestandteil ihres Wertesystems. In der Kommunalpolitik wird dieser Anspruch oft von den täglichen Sachproblemen verdeckt. Umweltpolitische Kompetenz wird der PDS von vielen nicht zugetraut. Das zu ändern, will die AG Umwelt bei der PDS Barnim ihren Beitrag leisten.

Dabei gehen wir von folgenden Thesen aus:

1 Mit dem Begriff »Umwelt« verbinden wir ein umfassendes Verständnis von den Beziehungen der Menschen zu ihrer belebten und unbelebten »Mitwelt«. Die Umwelt ist die Lebensgrundlage der Menschen. Unter Umweltschutz verstehen wir die Sicherung der menschlichen Existenz durch die nachhaltige Nutzung der zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen. Das geht über bloßen »Naturschutz« hinaus. Die Natur kommt ohne Menschen aus – die Menschen aber nicht ohne die Natur.

2 Es sind die Folgen menschlicher Tätigkeiten, die unsere Umwelt in weiten Teilen der Welt gefährden. Dabei spielt es für die Zerstörung der natürlichen Umwelt nur eine untergeordnete Rolle, ob sie bewußt oder unbewußt erfolgt.

3 Notwendig ist eine neue Produktionsweise, bei der nicht die abstrakte Wertproduktion im Mittelpunkt steht. Die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse der Menschen kann nur im dialektischen Einklang mit der Natur funktionieren.

4 Die AG Umwelt bei der PDS Barnim versteht sich als freier Zusammenschluß von Mitgliedern und Sympathisanten der PDS des Landkreises Barnim. Dabei wenden wir uns ausdrücklich auch an Nicht-PDS-Mitglieder.

5 Wir streben einen engen und konstruktiven Dialog mit anderen Umweltgruppen im Landkreis Barnim an.

6 Wir wollen uns innerhalb der PDS Barnim für die stärkere Beachtung von Umweltthemen einsetzen. Damit stärken wir die Rolle der PDS insgesamt.

7 Der Umsetzung unserer Ziele dient eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit. Das soll die innerparteiliche Diskussion zur Umweltpolitik der PDS anregen. Den Wählerinnen und Wählern der PDS wollen wir deutlich machen, daß es auch in der PDS Ideen und Aktivitäten zur Umweltpolitik gibt.

8 Wir wollen uns der theoretischen Grundsatzdiskussion stellen und zugleich mit konkreten Aktionen in die Tagespolitik eingreifen.

Die Barnimer PDS-Abgeordneten aller Ebenen wollen wir mit unserer Fachkompetenz bei der Erarbeitung von umweltpolitischen Konzepten und Handlungsstrategien unterstützen und ihnen Diskussions- und Entscheidungsvorlagen zum umweltpolitischen Tagesgeschäft liefern.

Auch Eberswalde MUCKt auf!

Bundesweites Antirassismus-Projekt »Aufmucken gegen Rechts«

Eberswalde (cr). Seéed, Jan Delay, Die Sterne, Die Fantastischen Vier, Konstantin Wecker, sowie elf weitere Bands und bundesweit bekannte Künstler aller Stilrichtungen haben sich auf dem Antirassismus-Sampler »Aufmucken gegen Rechts« zusammen getan, um ein Zeichen gegen Rechts zu setzen.

50.000 CDs wurden produziert und werden nun deutschlandweit an Schulen verteilt. So auch in Eberswalde. Kostenlos, versteht sich!

»Wir wollen mit dieser Aktion ein Zeichen gegen das Widererstarken rechter Gruppen und Parteien setzen!«, erklärt Sebastian Walter, Sprecher der [´solid] – die sozialistische Jugend – Gruppe von Eberswalde. Erst im Januar hatte sich die fünfzehn Mitglieder starke linke Jugendgruppe gegründet und ist bereits sehr aktiv. »Die Rechten werden immer frecher. Sie schrecken auch nicht davor zurück die Leute auch an den Schulen mit ihrem Quatsch vollzumüllen«, so Sebastian Walter weiter. Er spielt dabei auf das von 56 Naziorganisationen organisierte Projekt »Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund« an, welches letztes Jahr in allerletzter Minute erfolgreich verhindert werden konnte. Jugendliche sollte rechte Propaganda auf musikalische Weise näher gebracht werden. Eine langfristige Bindung an die rechte Szene und ihre Parteien wurde angestrebt.

Dann wurde [´solid] aktiv und initiierte die Aktion



»aufMUCKen«. Und viele mucken mit: DGB Jugend, verdi-Jugend, IGM-Jugend, GEW und sogar das Bundesministerium für Jugend.

»Klar, daß wir das auch in Eberswalde machen wollten«, berichtet Christian Rehmer, Sprecher der PDS Jugend Eberswalde. »Mit [´solid] und uns haben sich zwei starke Partner gesucht und gefunden, die nun gemeinsam dieses Projekt umsetzen. Wir werden an drei Eberswalder Schulen insgesamt 400 CDs verteilen.«, so Christian Rehmer weiter. »Nicht das Verteilen, sondern das Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern steht dabei aber im Mittelpunkt«, hebt Sebastian Walter hervor.

Die Sampler werden am Gymnasium Finow und vor der Gesamtschule Mitte am 8. April verteilt. Am Fokustag der Goethe-Realschule fanden bereits 120 CDs reißenden Absatz. »Dort gab es eine durchweg positive Resonanz. Die Jugendlichen waren sehr interessiert«, weiß Sebastian Walter von der ersten Aktion in Eberswalde zu berichten. Er ist davon überzeugt, »daß eine starke demokratische und antifaschistische Jugendkultur die beste Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist.«



Seit Anfang März nehmen die Mitglieder der im Januar gegründeten Eberswalder Gruppe des sozialistischen Jugendverbandes [´solid] regelmäßig an der Eberswalder Montagsdemo teil.

Informationen unter: solid-eberswalde@web.de oder pds-jugend-ew@web.de

Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals: **In höchster Gefahr**

Der Vorstand des Freundeskreises »Ernst-Thälmann-Gedenkstätte« teilt mit, daß der Baudezernent des Landkreises Dahme-Spree-wald sich dem Druck rechter Kräfte in der Landesregierung gebeugt und in einem amtlichen Bescheid die Genehmigung zum Abriß der Gedenkstätte in Ziegenhals erteilt hat. Damit kann der Eigentümer der Immobilie, der Leiter der Oberen Bauaufsicht im Land Brandenburg und fachlicher Vorgesetzter des Baudezernenten, das national und international bedeutende Denkmal, dessen Schutz im Jahre 2004 erst erweitert und durch Gutachten und Begründungen in Gerichtsurteilen in seiner Bedeutung gewürdigt wurde, zerstören und auf dem Gelände Privatvillen bauen lassen.

Es ist eine nationale Schande, daß einem Antikommunisten aus der rechten Ecke gestattet wird, das Gedenken an die Opfer der Nazi-barbarei, an den Vorsitzenden der KPD Ernst Thälmann und an die letzte, historisch bedeutende, Tagung unter seinem Vorsitz, an der auch 29 ehemalige Reichstagsabgeordnete teilnahmen, derart in den Schmutz zu treten.

Mit Empörung und ernster Sorge müssen wir zusehen, wie sich der Neofaschismus in unserem Land bis hinein in die Parlamente wieder breit macht. Wortreich geben Politiker, die in der BRD Macht ausüben, zwar vor, dagegen aufzutreten. Wie jedoch sehen die Taten aus? Lassen wir uns diese Heuchelei nicht länger bieten. Wir rufen alle Menschen, die diese Entwicklung nicht wollten, alle, die das antifaschistische Vermächtnis unseres Volkes bewahren und wach halten wollen, zum Protest auf.

Nachdem wir erfahren mußten, daß Antifaschismus, auch wenn er das Recht auf seiner Seite hat, sehr teuer geworden ist und die juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, wurde uns erklärt, ein 2004 neu geschaffenes Gesetz zwingt den Landrat zu einer solchen Entscheidung.

Kommt am 17. April, 10 Uhr zur Protestdemonstration in die Bahnhofstraße Königs Wusterhausen (am Brunnen) und anschließend zur Kundgebung um 11.30 Uhr in Ziegenhals.

Bringt Fahnen, Transparente und Flugblätter mit. Jetzt kommt es darauf an. Es muß der machtvollste Protest seit Beginn des Kampfes um die »Ernst-Thälmann-Gedenkstätte« werden. Protestiert schon jetzt bei allen zu dieser mit Heuchelei betriebenen Untat beteiligten Politikern, verbreitet die Wahrheit über die geplante Schandtät wo ihr nur könnt.

Wir wollen zeigen, daß es uns ernst ist mit dem Antifaschismus und der Zurückdrängung der Neonazis. Wer die »Ernst-Thälmann-Gedenkstätte« in Ziegenhals vernichtet, hilft objektiv nur den Neonazis!

Auf zur gemeinsamen Aktion!

Der Vorstand des Freundeskreises
»Ernst-Thälmann-Gedenkstätte« e.V.

Bananen kaufen, um Gutes tun

Eberswalde (bus). Anfang März fiel der Startschuß für die sogenannte »Bananenkampagne« der Barnim-Uckermark-Stiftung und des Bioladens in der Eisenbahnstraße 7 in Eberswalde. »Ich freue mich, daß ich von der Bürgerstiftung angesprochen worden bin. Ich finde die Arbeit sehr interessant und unterstützenswert«, erläutert der Ladeninhaber Torsten Pelikan. Daher spendet er aus dem Verkaufserlös eines jeden verkauften Kilo Bananen 50 Cent an die Barnim-Uckermark-Stiftung. Die Spendengelder sollen für ein geplantes Projekt zur Leseförderung eingesetzt werden. Die Barnim-Uckermark-Stiftung ist die Bürgerstiftung für die Landkreise Barnim und Uckermark. »Wir wollen mit eigenen Projekten aber auch durch Förderung von Vereinen und Initiativen das ehrenamtliche Engagement in der Region stär-

ken«, erklärt Helga Thomé das Anliegen der Stiftung. Eigeninitiative sei in Zeiten knapper Haushaltsmittel besonders gefragt.

Der Bioladen Globus Naturkost & Naturwaren setzt sich auf andere Art und Weise für die Region ein. Durch ein breites Angebot an regionalen Produkten wird die Wirtschaftskraft der lokalen, oftmals kleinen Anbieter gestärkt.

Der gemeinsame Nenner der beiden Partner ist also der Einsatz für die Region. Solche Formen der Partnerschaft zwischen Wirtschaft und gemeinnützigen Institutionen hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. So wird beispielsweise jährlich ein Preis für nachhaltiges und nachahmenswertes gesellschaftliches Engagement von Unternehmen vergeben. Damit liegt Torsten Pelikan mit seinem Engagement voll im Trend.

Integrationskurse für MigrantInnen

Seit dem 1. Januar gilt in Deutschland das »Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthaltes und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern«, das sogenannte Zuwanderungsgesetz. Alle Migranten und Neueinwanderer, die einen dauerhaften Aufenthalt anstreben, müssen ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen. Um diesen Nachweis führen zu können, besteht die Möglichkeit, an einem Integrationskurs teilzunehmen.

Für Personen, die bereits vor dem 1. Januar 2005 mit einem dauerhaften Aufenthalt in Deutschland lebten, gibt es ebenfalls die Möglichkeit, an einem Integrationskurs teilzunehmen, sofern freie Kursplätze vorhanden sind und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dem Antrag auf Teilnahme zustimmt. Den Zulassungsantrag sollten Migranten bei einem zugelassenen Sprachkurssträger einreichen. Dieser leitet ihn an das Bundesamt weiter. Der Integrationskurs schließt mit einem Test ab. Die erfolgreiche Teilnahme hat u.a. Auswirkungen auf den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. So verkürzt sich die Anspruchseinbürgerung durch die erfolgreiche Teilnahme am Integrationskurs von acht auf sieben Jahre unter der weiteren Voraussetzung eines rechtmäßigen und gewöhnlichen Aufenthaltes. Wer über keine oder nur geringe Deutschkenntnisse verfügt und an einem solchen Kurs nicht teilnimmt, muß mit Nachteilen rechnen. Beispielsweise kann ihm die Erteilung der Niederlassungserlaubnis verwehrt werden oder es können – bei Bezug von Sozialleistungen – Kürzungen drohen.

Durch das Erlernen ausreichender Sprachkenntnisse, aber auch durch die Auseinandersetzung mit der Kultur, der Geschichte, den politischen Werten der Verfassung sowie mit der Rechtsordnung und den politischen Institutionen des demokratischen Rechtsstaates erhalten in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten eine echte Chance zur Bewältigung des Alltags und zur dauerhaft angelegten Integration.

Um diese Integration in den deutschen Alltag zu erleichtern, werden insbesondere in Sprachunterricht Situationen gewählt, die auf die Bedürfnisse der Lernenden ausgerichtet sind. Die wichtigen Bereiche des Familienlebens und der Arbeitswelt nehmen breiten Raum ein, dabei wird auch landeskundliches Grundwissen über relevante Bereiche wie zum Beispiel Wohnungs- und Stellensuche, Schulsystem und Gesundheitswesen behandelt.

»Ich möchte die Migrantinnen und Migranten in unserem Landkreis ermutigen, diesen Integrationskurs als Chance wahrzunehmen«, so die Ausländerbeauftragte des Landkreises Barnim, Marieta Böttger.

CHRISTIAN TRILL,
Pressesprecher Landkreis Barnim

Nähere Informationen, auch über die Angebote der Integrationskurssträger, erhalten Migranten u.a. bei der Ausländerbehörde des Landkreises Barnim (Tel.: 03334-214-410/411/417/418/421/472), der Ausländerbeauftragten (Tel.: 03334-214-320) sowie bei den folgenden Migrationsfachdiensten in Eberswalde und in Bernau: Diakoniewerk Barnim (Tel.: 03334-27 99 96), Bund der Vertriebenen (Tel.: 03334 383070) und der Caritasberatungsstelle Bernau (Tel.: 03338-76 36 50).

Rettet die Gedenkstätte Ziegenhals

Demonstration am 17. April, 10 Uhr in Königs Wusterhausen (in der Bahnhofstraße am Brunnen) Gedenkkundgebung am gleichen Tag um 11.30 in Ziegenhals (mit dem Bus ab Haltestelle Bhf. Königs Wusterhausen, Storkower Straße in Richtung Schmöckwitz 11.10 bis zur Haltestelle Sporthaus Ziegenhals). Parkplätze sind an beiden Orten ausreichend vorhanden. Freundeskreis

60. Jahrestag der Befreiung:

Barnimer Politiker in Kolobrzeg

Anlässlich der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung von Kolobrzeg (Kolberg), am 18. März 1945, reiste eine Delegation des Landkreises Barnim unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Kreistages, Claus Hopke (SPD), in den polnischen Partnerkreis. Der Jahrestag, der auch als »Tag der Vermählung Polens mit dem Meer« in die polnischen Geschichtsbücher Einzug hielt, hat in der gesamten polnischen Republik einen hohen Stellenwert. Dies brachte u.a. der polnische Präsident A. Kwaschnewski in seiner festlichen Ansprache auf dem Kolobrzeger Rat-

hausplatz vor Hunderten Kriegsveteranen zum Ausdruck.

Soldaten und Offiziere der einst durch die kriegerischen Auseinandersetzungen des Zweiten Weltkrieges verfeindeten Armeen gedachten gemeinsam während eines Gottesdienstes in der Marien Basilika der Gefallenen beider Seiten. Auf dem Soldatenfriedhof im Kolobrzeger Ortsteil Zieleniewo legten Vertreter des Kreises Kränze an den Denkmälern für den »unbekannten polnischen Soldaten« und den »unbekannten deutschen Soldaten« nieder.

CHRISTIAN TRILL, Pressesprecher

»Dazu können wir nicht schweigen«

Wandlitz (bbp). Die Wandlitzer Gemeindevertreter haben im Februar beschlossen, den bisherigen Informationsumfang des Amtsblattes der Gemeinde drastisch einzuschränken. Die Fraktionen dürfen ab sofort nichts mehr im Amtsblatt veröffentlichen. Durch die SPD-Fraktion wurde diese Regelung noch erweitert, so daß auch Leserbriefe zukünftig nicht mehr berücksichtigt werden. Die Mehrheit der Gemeindevertreter stimmte diesem Antrag zu. Es sollen nur noch Beschlüsse, ohne Kommentare, abgedruckt werden. Nur Vereinen bleibt ein Recht zur Darstellung von Informationen.

In einer von der PDS-Fraktion in Wandlitz verbreiteten Erklärung heißt es dazu: »Das ist Verbot und Zensur. Nicht nur für die PDS, sondern für die gesamte Gemeinde.« Die PDS habe dem Antrag widersprochen, »weil wir glauben, daß Mitspracherechte der Bürger wichtig für politische Entscheidungen sind. Die bisherige Kultur der Bürgerzeitungen in

den Ortsteilen Wandlitz, Basdorf und Schönwalde soll erhalten bleiben und in den anderen Ortsteilen Praxis werden. Denn die Nähe zum Bürger ist uns wichtig.«

Die Politiker – auch in der Gemeinde Wandlitz – sollen sich der Kritik derer stellen, die sie gewählt haben. Demokratie bedeute für die PDS, daß die Bürgerinnen und Bürger auch an politischen Entscheidungen teilhaben. Mit der Beschneidung der Möglichkeiten von Veröffentlichungen, Kritiken und Hinweisen werde auch die Demokratie beschnitten.

»Wir als PDS-Fraktion«, heißt es abschließend, »werden auch weiter in der Gemeinde die langjährig praktizierte Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger hartnäckig verteidigen und die sozialen Interessen laut und deutlich benennen. Wir wünschen uns, daß Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, sich energisch gegen diese Art von Verboten und Zensur wehren.«

Weihnachtsmarkt wieder in der Innenstadt

Die Fraktion der PDS in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde hat für die StVV-Sitzung am 22. März eine Beschlüßvorlage eingebracht, mit der die Stadtverwaltung aufgefordert wird, »den Weihnachtsmarkt 2005 und die folgenden Weihnachtsmärkte wieder auf dem Marktplatz auszurichten«. Falls keine Nutzung des Marktplatzes möglich ist, soll ein Ausweichplatz im Stadtzentrum gesucht werden.

Der Weihnachtsmarkt 2004 fand auf dem Gelände des Familiengartens statt. Zu Recht beklagten sich die Einzelhändler des Stadtzentrums, daß die sonst übliche Belegung des Stadtzentrums durch den Weihnachtsmarkt ausblieb. Klagen gab es aber auch seitens der Händler auf dem Weihnachtsmarkt, die im Vergleich zu den Vorjahren erhebliche Umsatzeinbußen hinnehmen mußten.

Nicht zuletzt kritisierten viele Bürgerinnen und Bürger, daß der Weihnachtsmarkt im Familiengarten viel zu weit vom Zentrum ent-

fernt stattfand. Der Weihnachtsmarkt sei traditionell dazu genutzt worden, nach dem Einkauf in den Geschäften der Innenstadt noch ein wenig zu schlendern und dabei bei einem Glas Glühwein oder einem kleinen Imbiß mit Bekannten, die man dort immer traf, ein paar Worte zu wechseln. Diese Atmosphäre konnte der Weihnachtsmarkt 2004 nicht bieten.

Wer sich die Belegung der Innenstadt auf die Fahnen schreibt, kann nicht im gleichen Atemzug tradierte Veranstaltungen aus der Innenstadt abziehen.

VOLKER PASSOKE, stellv. Vorsitzender der PDS-Fraktion in der StVV Eberswalde

Bemerkung: Mit dem von Peter Kikow (SPD) vorgeschlagenen Zusatz, wonach der Bürgermeister das Gespräch mit Anliegern, Händlern und interessierten Bürgern suchen soll, um die Weihnachtsmärkte künftig gemeinsam zu organisieren, wurde die Beschlüßvorlage der PDS von der StVV bei nur einer Stimmenthaltung mehrheitlich angenommen.

Ottokar Domma

Wer kann sich nicht an den Schüler Ottokar Domma erinnern, der in DDR-Zeiten in ziemlich erfrischend-frecher, aber sympathischer Art dem geneigten Leser seine Ansichten verklickerte. Ich kann mich an meinen Stolz erinnern, als es mir dank meiner eben erworbenen Russischkenntnisse gelang, Ottokars bürgerlichen Namen herauszufinden – und dachte noch, wie raffiniert. Nun, bei den »Offenen Worten« mit Dagmar Enkelmann am 27. Februar stellte sich der über 80jährige Otto Häuser den Fragen seiner Gastgeberin. Eigentlich war er sehr ärgerlich, als nach vielen Jahren sein Pseudonym doch aufgefliegen ist. Es hatte doch schon was, wenn nicht mal die Chefs des ND's wußten, wer sich hinter diesem unkomplizierten Schreiberling eigentlich verbarg. Seine schriftstellerische Heimat war aber der Eulenspiegel, ebenso Bückware, wie die Ottokarbücher.



Trotz schlechter Lichtverhältnisse kam das Publikum in den Genuß, sowohl bekannte, als auch neuere Geschichten zu hören – ähnlich wie bei einer Lesung – und amüsierte sich köstlich. Das neueste Buch, das Dicke Ottokar-Buch wurde neben vielen anderen Ottokarbüchern an diesem Vormittag durch die Buchhandlung Schatz angeboten. Der Wunsch nach Autogrammen war riesig.

Es war wieder einmal ein recht vergnüglicher Sonntagmorgen.

BÄRBEL MIERAU

Legasthenie bei der SPD

Nachdem Dirk Amelung (FDP) eine erhebliche Rechtschreibschwäche diagnostizierte, komme ich nicht umhin, den leitenden Kollegen der Eberswalder SPD auch eine Leseschwäche zu bescheinigen. So schoben sie in einer an den »Eberswalder Blitz« versandten Presseerklärung kurzerhand mir die Autorenschaft für eine Wortmeldung von Frank Töpfer in der BBP 3/2005 (»SPD-Fraktionschef im Stasi-Jargon«) in die Schuhe. Das machte meinerseits eine Gegendarstellung notwendig, die der »Blitz« am 19.3.2005 veröffentlichte. Damit sehe ich die Sache als erledigt an. Legastheniker bedürfen der Nachsicht und Hilfe. Diese biete ich ihnen hiermit ausdrücklich an.

GERD MARKMANN

»Einer der besten Söhne« Eberswaldes

Vor 85 Jahren, während des Abwehrkampfes gegen den Kapp-Putsch, starb PHILIPP ZOPF

In Rudolf Schmidts »Geschichte der Stadt Eberswalde« heißt es lapidar: »Der März des Jahres 1920 sah zehn schwere Revolutionstage«. Für unbedeutend hält der Stadthistoriker, daß die bewaffneten Aktionen der Arbeiter des Finowtals der Abwehr des Kapp-Putsches gegen die junge »Weimarer Republik« galten.

Einer der führenden Köpfe des Aufstandes der Eberswalder Arbeiter gegen die Konterrevolution im März 1920 war Philipp Zopf, der am 22. März vor 85 Jahren an den Folgen einer schweren Erkältung, die er sich während der Gefechte gegen putschende Reichwehrruppen zuzog, verstarb.¹

Philipp Zopf erlernte den Beruf eines Buchdruckers und trat schon in jungen Jahren der SPD bei. Aus dem 1. Weltkrieg kehrte er mit einer schweren Verwundung nach Hause zurück. Die Novemberrevolution sah ihn in Eberswalde an vorderster Front. Als Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins verurteilte er „das Treiben gewisser Gruppen und Elemente ..., die sonst keinen Finger für die Arbeiterbewegung krumm gemacht haben, jetzt aber lediglich versuchen, Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen“. Er forderte den »festen, einigen Zusammenschluß aller auf dem Boden der jetzigen Regierung stehenden Mehrheitssozialisten im alten sozialdemokratischen Wahlverein«. ² Für die SPD wurde er bald darauf in die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung gewählt.³

Die junge bürgerliche Demokratie der Weimarer Republik beruhte auf dem Bündnis der SPD, die längst ihren früheren revolutionären Glanz verloren hatte, mit liberalen bis hin zu monarchistischen Kreisen des Bürgertums. Mit dem Ziel der »restlosen Bekämpfung der Revolution«⁴ stellte sich der kaiserliche Generalstab schon am 10.11.1918 der neuen SPD-Regierung zur Verfügung. »Bluthund« Noske machte in den ersten Monaten der neuen Demokratie von den Diensten der kaiserlichen Militärs eifrig Gebrauch (Januar und März 1919: Berlin, Februar 1919: Bremen, April/Mai 1919: München). Das hinderte ein Jahr später die deutschnationalen monarchistischen Kreise um Kapp und Lüttwitz nicht daran, den dank der sozialdemokratischen Führung funktionsfähig erhaltenen Militärapparat nunmehr gegen die junge bürgerliche Demokratie zu verwenden, um eine Militärdiktatur zu errichten.

Die Informationen über den Putsch gelangten am Nachmittag des 13. März 1920 auch nach Eberswalde. Das gewerkschaftliche Finow-Kartell rief zum Generalstreik, der am folgenden Montag, dem 15. März, begann. Außer in den Eisenbahnwerkstätten des RAW legten die Arbeiter in allen Betrieben die Arbeit nieder. Von Heegermühle (heute Finow) aus marschierten die Arbeiter nach Eberswal-

de. Die Arbeiter der am Wege liegenden Fabriken verstärkten den Demonstrationszug. Auch die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten schlossen sich an. Weil der Marktplatz für die Arbeitermassen zu klein war, zog die Demonstration über die Ratzeburger und die Pfeilstraße weiter zum Alten Turnplatz.

Hier hielt der schon schwer erkrankte Stadtverordnete Philipp Zopf vom Wall des Schießstandes eine Ansprache, in welcher er den Militärputsch mit scharfen Worten brandmarkte und die Arbeiter aufforderte, die Waffe des Generalstreiks dagegen zu erheben.

Es wurde ein Zentralrat gebildet, an dessen Spitze Philipp Zopf und Franz Müller standen und dem u.a. Karl Schröder, Karl Guschke, Max Schrodeck (er forderte auf der Kundgebung die Errichtung der sozialistischen Räterepublik) und Albert Hannewahr angehörten.

Während der Eberswalder Oberbürgermeister Hopf zwischenzeitlich schon telefonisch bei den Militärbehörden um militärische Hilfe nachgesucht hatte, besorgten sich die Eberswalder Arbeiter Waffen aus der Polizeiwache, dem Schützenhaus, den Wohnungen der Angehörigen der Schützengilde, der Forstakademie und aus den Quartieren der Akademiker. An den Stadteingängen wurde ein regelmäßiger Wachdienst organisiert, Streifen besorgten in den umliegenden Dörfern von Gutshöfen und Gendarmeriestationen weitere Waffen. So konnten rund 2000 Arbeiter einigermaßen recht und schlecht bewaffnet werden.

Dieser bewaffneten Macht ist es zu verdanken, daß die per Eisenbahn angerückte Reichwehrrückkompanie, die am 16. März den Bahnhofsvorplatz und die Eisenbahnbrücke besetzte nach einem kurzen Gefecht noch am gleichen Tag wieder abrückte.

Von den ausgesandten Streifen erhielt der Zentralrat Kenntnis, daß im Gut Lichterfelde mehrere Kompanien Küstriner Reichwehrrückkompanien in Reserve lagen, die mit den Putschisten sympathisierten. Hier lagerten auch größere Mengen dringend benötigter Munition.

Daher plante man die Überrumpelung. Unter den Arbeitern, die im Morgengrauen in drei Kolonnen von Eberswalde aus über Eisenspalterei, von Finow (damals Heegermühle) und durch den Wald von Kupferhammer auf das Gut vorrückten, war auch Philipp Zopf.⁵

Die Überrumpelung mißglückte, weil der Haupttrupp mit lautem Hurrageschrei angriff und so die Besatzung alarmierte. Die Arbeitertrupps hielten sich noch bis zum Abend und versuchten noch mehrere Angriffe. Schließlich mußte sich wegen Munitionsmangel auch der letzte Trupp vom Lichterfelder Friedhof zurückziehen.

Der Dreher Albert Brachlow aus Heegermühle (heute Finow) und der Former Gustav



Eine Gedenktafel im Gut Lichterfelde erinnert noch heute an den Abwehrkampf vom März 1920 gegen den Kapp-Putsch.

Kunze aus Schöpfurth (heute Finowfurt) starben, 14 Arbeiter wurden leicht verwundet.

Philipp Zopf kehrte von dem Gefecht mit einer heftigen Erkältung zurück. Durch seine Kriegsverwundung und die durchlebte Hungerzeit befand er sich ohnehin in keiner guten körperlichen Verfassung. Am 17. März wurde Philipp Zopf in das Städtische Krankenhaus in der Karlstraße (heute Ärztehaus in der Karl-Liebkechtstraße) eingeliefert. Zur Grippe kam eine Hirnhautentzündung hinzu, die das Rückenmark angriff. Der behandelnde Arzt, Dr. Rüchel, eine hervorragende Kraft im Bereich des Krankenhauses, konnte das Leben trotz aller Bemühungen nicht erhalten. Am 22. März 1922 erlag Philipp Zopf der Krankheit.

Als er zu Grabe getragen wurde, kam noch einmal die Arbeiterschaft des ganzen Finowtals zusammen. Ludwig Arendt schreibt im Heimatkalender 1960: »Seine Buchdruckerkollegen trugen den geschmückten Sarg auf ihren Schultern von der Halle zur Gruft und 10.000 Menschen folgten in tiefer Trauer mit gesenkten Fahnen. Es waren die Fahnen der Arbeiterklasse, für deren Ziele er seine Gesundheit und sein Leben gab. Es war eine der eindrucksvollsten Trauerfeiern, die Eberswalde je erlebte.«

Am 23. März trafen sich die Eberswalder Stadtverordneten zu einer außerordentlichen Sitzung. Zu Beginn gedachte der Stellvertretende Vorsteher Dr. Boldt des verstorbenen Stadtverordneten Zopf: »Er war einer der lebendigsten und sprachgewandtesten Mitglieder der Versammlung: der Überzeugung, die er sich nun einmal zu eigen gemacht hatte, hing er mit ganzer Kraft an, er war in seinen Kreisen eine hervorragende Kraft und hat auch als Führer gewirkt.« Sein Andenken wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. (Märkischer Stadt- und Landbote Nr. 73, 80. Jahrgang am 28.3.1920)

In der DDR wurde das Andenken Philipp Zopfs geehrt, indem die 11. Oberschule (heute Grundschule Finow) sowie eine Straße nach ihm benannt wurde.

Nach 1990 hatte die von einem SPD-Bürgermeister angeführte neue Stadtregierung nichts Eiligeres zu tun, als den Namen des Sozialdemokraten Philipp Zopf aus dem Straßenschild Eberswaldes zu verbannen. Gemäß eines Stadtverordnetenbeschlusses ist die Philipp-Zopf-Straße seither wieder nach dem Hohenzollern-Kaiser Wilhelm benannt.

GERD MARKMANN

1 – Als Quelle für diesen Beitrag diente im wesentlichen der Artikel »*Stärker als Monopolisten und Generale!*« von Ludwig Arendt im Eberswalder Heimatkalender 1960. Für weitergehende Recherchen fehlte leider die Zeit. Die Darstellungen beschränken sich daher hauptsächlich auf den letzten Lebensabschnitt von Philipp Zopf. Wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser, über weiteres Material verfügen, helfen Sie uns, die Erinnerungen an Philipp Zopf zu vervollständigen.

2 – Dieter Kempfert, »*Die Revolution im Roten Finowtal*«, BBP 12/1998

3 – Die Aussagen über die Parteizugehörigkeit von Philipp Zopf im Jahr 1920 beruhen aus den in der Anmerkung 1 genannten Gründen nicht auf gesicherten Erkenntnissen. In dem Beitrag im Heimatkalender 1960 wird darüber nicht berichtet. Dort wird eine gemeinsame Erklärung der Fraktionen von SPD und USPD erwähnt, was darauf schließen läßt, daß die KPD damals nicht in der StVv vertreten war. Die junge KPD hatte offenbar 1920 noch nicht jene Bedeutung in Eberswalde erlangt, wie am Ende der Weimarer Republik, als sie nach der NSdAP zur zweitstärksten Partei wurde. Das könnte der Grund sein, weshalb der Beitrag von 1960 in den Fragen der Parteizugehörigkeit kaum auf Details eingeht.

4 – Generalleutnant Groener im Münchner »*Dolchstoßprozeß*« im Jahr 1925, in »*Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution*«, Dietz Verlag Berlin, 1978.

5 – Ludwig Arendt nennt in seinem 1960er Beitrag kein Datum des Gefechtes um das Gut Lichterfelde. Die Gedenktafel in Lichterfelde berichtet vom 15. März 1920, was aber in gewissem Widerspruch zu den detaillierten Darstellungen von Ludwig Arendt über die große Arbeiterdemonstration am 15. März steht. Wahrscheinlicher ist daher, daß die Offensive gegen die Reichwehrtruppen im Gut Lichterfelde am 16. März erfolgte. Hier besteht noch Klärungsbedarf.

Fahrrad-Demo zum 60. Jahrestag der Befreiung

Auf den Spuren der Zwangsarbeiter

Anläßlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus im Mai 2005 führt der Verein »*Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde*« gemeinsam mit anderen Organisationen am 27. April eine Fahrrad-Demo »*Auf den Spuren der Zwangsarbeiter in Eberswalde-Finow*« durch.

Treffpunkt und Beginn:

Friedhof Finow, 27. April 2005 um 14.00 Uhr.

Die Tour führt an ausgewählten Brennpunkten vorbei (siehe umseitigen Streckenplan) und wird am Waldfriedhof Eberswalde gegen 18 Uhr enden.

An der Demo kann jeder teilnehmen. Es liegt im Ermessen des Einzelnen, welche Strecke er mitfahren will. Man kann sich überall an der Strecke anschließen und auch aussteigen. Es geht aber auch ohne Rad! An den Orten der Meetings und den Gedenkstätten auf den Friedhöfen würden wir gern viele Teilnehmer begrüßen.

– Friedhof Finow

– Angermünder Straße, Parkplatz Märkisch Edel

– Heegermühler Straße, Parkplatz Toom-Baumarkt

– Grabowstraße, Ecke Bergerstraße

– Waldfriedhof Eberswalde, Kriegsgräberstätte

Die Fahrrad-Demo ist bei der Polizei angemeldet, die Fahrt erfolgt unter Aufsicht der Polizei auf öffentlichen Straßen. Ihre Weisungen sowie die der Ordner (mit Armbinde) sind zur Gewährleistung der Sicherheit zu befolgen.

Es ist zeitlich nicht möglich, an allen Punkten ausführliche Informationen zu geben. Es können deshalb nur bedingt Fragen an Ort und Stelle beantwortet werden. Der Verein »*Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde*« steht aber für weiterführende Auskünfte zur Verfügung (Tel. 03334/360517).

Wider das Vergessen und Verdrängen!

HOLGER KLICHE,

Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde e.V.

Sinnlos

Der Krieg am Golf ist Brand der Brände.

Nur Tod, Zerstörung ohne Ende,

ein Völkermord in der Potenz.

Da bleibt allein die Konsequenz:

»Wer diesen Krieg will, geh ihn fechten!«

Was haben wir von Supermächten,

die ihre Völker nur verheizen

und mit humanen Taten geizen?

Es geht um Öl auf Kontinenten.

Es geht um Macht von Präsidenten.

Raketen pfeifen her und hin.

Natur und Mensch stirbt ohne Sinn.

Gewinner, sollt es welche geben,

sind die, die vom Waffenhandel leben

und jene, die das übersehn.

Das darf nicht mehr so weiter gehn.

Sie alle sind weltweit zu richten

für ihr Morden und Vernichten

und ihr so verdientes Geld

gehört auf den Tisch der Welt.

ÄNNE RESMER

Geburtstag

Schön ist es immer wieder

Wenn die Gratulantschar

Bringt ein Ständchen schöner Lieder

Den Geburtstagskindern dar.

Blumensträuße mit Wünschen nach Glück

Während sie sich freudig anblicken

Denken sie an vergang'ne Zeiten zurück

Mit einem bejahenden Nicken.

Mal ist's der alte Vater

Mit ergrautem Haar

Mal ist's die alte Mutter

Die heut' feiert ihr neunzigstes Jahr'

Der Sohn ist im Felde geblieben

»Gefallen für's Vaterland«

Wie man ihr hat geschrieben

Auf der Karte mit dem Kreuz am Rand.

Lang ist es her und doch nicht vergessen

Auch heut' am Geburtstage nicht

Eine Träne will leise benässen

Der Mutter schlichtes Angesicht

Sein Bild auf dem runden Tisch

Mit Blumen, täglich frisch

Davor beleuchtet hell ein Licht

Der Mutter Trauer, schwarz und schlicht.

Warum er und warum nicht wir?

sich die Eltern oft fragen

Er war doch so jung noch, als sinnlos er starb

in seinem Panzerwagen

MUSEUM IN DER ADLER-APOTHEKE

Stadtführung »*60 Jahre danach*«, 30. April, 10.30 Uhr

Sonderausstellung »*Der Pavillonplatz – Geschichte und Zukunft*«, ab 26. April
anläßlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus

Weitere Angebote des Stadtmuseums in der Adler-Apotheke:

5. April, 19 Uhr: Vortrag Dr. Alix Hansel, Museum für Vor- und Frühgeschichte Berlin: »*Von Nebra bis Eberswalde: Glaube, Reichtum und Macht in der Bronzezeit*« (mit dem Verein für Heimatkunde zu Eberswalde e.V.)

8. Mai, 10-17 Uhr: Internationaler Museumstag, »*Tag der offenen Tür*«

10 Uhr: Führung und Gespräche in der Sonderausstellung »*Der Pavillonplatz – Geschichte und Zukunft*«

12 Uhr: Informationen und Vorführungen der Gruppe »*Marca brandenburgensis anno domini 1260*« zur hochmittelalterlichen Sachkultur: Keramik, Ernährung, Handwerk, Kleidung, Rüstung u.a. sowie Führungen durch die derzeitige Sonderausstellung »*Eberswalder Ausgrabungs(Ge)schichten*«

60. Jahrestag der Befreiung

Zwangsarbeiter in Eberswalde

Eberswalde (fge/prest-ew/bbp). Der Verein »Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde e.V.« will mit einigen Veranstaltungen einen würdigen Beitrag zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus leisten.

Vom 4. bis 13. April werden fünf ehemalige Zwangsarbeiter aus der Ukraine in unserer Stadt weilen. Sie waren im RAW, bei Ardelt sowie im Messingwerk eingesetzt. Die Gäste aus der Ukraine werden am 6. April vom Bürgermeister empfangen.

Am Abend des 6. April findet dann um 19 Uhr im städtischen Museum in der Adler-Apotheke (Steinstr. 3) eine Gesprächsrunde mit den Ukrainern statt. Im Nordflügel des Mu-

seums ist außerdem vom 4. bis 7. April eine Ausstellung zu besichtigen, die sich mit dem Thema der Zwangsarbeit auseinandersetzt.

Am 18. April findet in den letzten beiden Baracken des Außenlagers des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück ein »Tag der offenen Tür« statt. Eine Ausstellung informiert über Zwangsarbeit und Lageralltag in den beiden KZ-Außenlagern in Eberswalde-Finow. Dazu werden Gäste, Überlebende dieser Lager aus Polen erwartet. Sie nahmen zuvor an der Gedenkveranstaltung in Ravensbrück teil.

Am 27. April soll mit einer Fahrrad-Demo »Auf den Spuren der Zwangsarbeiter« diesem Schicksal Tausender gedacht werden. (Seite 19)

Eberswalder Montagsdemo

im Brandenburgischen Viertel
Am Montag, den 4. April, um 17.30 Uhr
auf dem Potsdamer Platz

- **Musik mit der Band PAID BACK** (aus dem Brandenburgischen Viertel): Uraufführung eines Liedes zu Hartz IV
- **Das wahre Märchen:** »Des Bundeskanzlers neue Kleider«
- **»Arme Leute Essen«**
 Brot mit Hartzter Käse

Mit Krach ziehen wir anschließend zu den Resten des Spechts.

Bitte alles mitbringen was Krach macht: Instrumente, Töpfe, Pfeifen ...

Kinder bringt Lampions mit!

- **wir filmen mit und schicken den Film als Gruß zum Bundeskanzler**

Außerdem: Luftballons steigen lassen, Feuerkorb, Berichte von Betroffenen, Hoffnung pflanzen ...

Montagsdemo - was bringt denn das? Aber was bringt es, den »Kopf in den Sand zu stecken?«

- **Warum dürfen nicht alle Kinder bis zum 3. Lebensjahr in eine Kita?**
- **Warum 10 Euro Praxisgebühr, wenn sie sich davon ihre Gehälter erhöhen?**
- **Erst richtige Arbeit – dann ABM – jetzt 1,10-Euro-Jobs und morgen in der Suppenküche?**

»Die Würde des Menschen ist unantastbar!«

Wir brauchen nicht nur etwas wovon wir leben, sondern auch wofür wir leben!

5,2 Millionen Arbeitslose und immer noch die alte Leier: Wer Arbeit sucht, der findet sie auch!

Steigende Kinderarmut auf 12 %

Diesen Aufruf an Sie richten Bürgerinnen und Bürger aus Eberswalde, die sich zusammengetan haben um später ihren Kindern und Enkeln ins Gesicht schauen zu können und ihnen zu sagen:

Mir war nicht alles egal!

Kontaktadresse: Evangelisches Gemeindezentrum, Potsdamer Allee 35 16227 Eberswalde Tel. 03334/3836820

Tag der Erneuerbaren Energie

Sonnabend, den 30. April 2005

von 10 Uhr bis 15 Uhr

**An vielen Standorten
 in und um Eberswalde**

Das ausführliche Programm lesen Sie auf Seite 13 dieser Ausgabe

veranstaltet vom **Energiesparkontor Barnim e.V.** in Zusammenarbeit mit »BARUM 111« vom Landkreis, der **FH Eberswalde**, der **Firmen-Repower und UFE Solar**, dem **Waldsolarheime und Bündnis 90/Die Grünen Barnim**

In eigener Sache

Die »normale« 16seitige Ausgabe reichte mal wieder nicht aus, um all Ihre Zuschriften unterzubringen. Vielen Dank. Nach dem »Weihnachtsgeschenk« nun also als »Ostergeschenk« wieder eine um 4 Seiten erweiterte Ausgabe. Gewohnheit soll das aber nicht werden. Einerseits steigen wegen des erweiterten Umfangs die Druckkosten. Andererseits wird bei 20 Seiten die derzeitige Leistungsgrenze der ehrenamtlichen Redaktion regelmäßig überschritten. Eine Lösung wäre die Erweiterung der Redaktion. Melden Sie sich!

GERD MARKMANN, Redakteur

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
 Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____
 2. Unterschrift Abonent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum) _____

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Fischer (1), Markmann (6), Mierau (1), Triller (3)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

redaktions-schluß: 26. März 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 23.4.2005, 12 Uhr.